

Beschäftigungstrends im Freistaat Bayern 2023 – Teil II

Repräsentative Analysen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2023

**Bericht an das Bayerische Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales
und die
Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit**

Verfasser:
Dr. Björn Alecke und Dr. Johannes Burmeister
unter Mitarbeit von Dr. Timo Mitze

Hamburg, im September 2024

Inhaltsverzeichnis

Darstellungsverzeichnis.....	3
Glossar	6
Zusammenfassung	7
1 Datengrundlage und methodische Hinweise	1
1.1 Die bayerische Stichprobe zum IAB-Betriebspanel	1
1.2 Methodische Hinweise	1
2 Investitionen und Innovation, Forschung und Entwicklung	3
2.1 Investitionen	3
2.2 Innovationen	5
3 Personalbewegungen und Personalsuche	8
3.1 Personalbewegungen im Überblick.....	8
3.2 Personaleinstellungen und unbesetzte Stellen	10
3.2.1 Personaleinstellungen nach Qualifikationsgruppen	12
3.2.2 Befristete Einstellungen.....	13
3.3 Vakanzen	15
3.4 Personalabgänge im Detail	16
4 Personalpolitik	18
4.1 Tarifbindung/-geltung	18
4.2 Entlohnung.....	21
4.3 Betriebsrat/Personalvertretung.....	22
4.4 Arbeitszeit	22
4.4.1 Vereinbarte Arbeitszeit	22
4.4.2 Überstunden.....	24
4.4.3 Arbeitszeitkonten	26

5	Hohe Inflation und Folgen des Ukraine-Krieges	28
5.1	Wirtschaftliche Auswirkungen auf die bayerischen Betriebe	28
5.2	Geflüchtete Arbeitskräfte aus der Ukraine in bayerischen Betrieben.....	35

Darstellungenverzeichnis

Darstellung 2.1: Anteil der Betriebe mit Investitionen an allen Betrieben in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent)	3
Darstellung 2.2: Investitionen bayerischer Betriebe insgesamt in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Mrd. Euro)	4
Darstellung 2.3: Anteil der Betriebe mit Investitionen in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2021 und 2022 nach Bereichen (in Prozent)	5
Darstellung 2.4: Anteil der Betriebe mit verschiedenen Arten von Innovationen an allen Betrieben in Bayern in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)	6
Darstellung 2.5: Anteil der Betriebe mit verschiedenen Arten von Innovationen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 an allen Betrieben nach Betriebsgruppen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent)	7
Darstellung 3.1: Personaleinstellungen und Personalabgänge in Bayern in den Jahren 2013 bis 2023 (jeweils 1. Halbjahr; in Tausend)	8
Darstellung 3.2: Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. Personalabgängen in ausgewählten Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (jeweils 1. Halbjahr; in Prozent)	9
Darstellung 3.3: Einstellungs- und Abgangsraten in den Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (in Prozent)	10
Darstellung 3.4: Betriebe mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2023 (in Prozent)	11
Darstellung 3.5: Betriebe mit nicht besetzten Stellen für qualifizierte Tätigkeiten im 1. Halbjahr 2013 bis 2023 nach Branchen und Größenklassen (Anteil an allen Betrieben; in Prozent)	12
Darstellung 3.6: Betriebe mit Personaleinstellungen für einfache und qualifizierte Tätigkeiten im 1. Halbjahr 2023 (Anteil an allen Betrieben; in Prozent)	13
Darstellung 3.7: Betriebe mit Personaleinstellungen nach Art der Einstellung im 1. Halbjahr 2013 bis 2023, Bayern und Westdeutschland (in Prozent)	14
Darstellung 3.8: Anteil der befristeten Einstellungen an allen Neueinstellungen in Bayern und Westdeutschland in den Jahren 2013 bis 2023 (in Prozent)	14
Darstellung 3.9: Frauenanteil an den Beschäftigten, den Neueinstellungen und den befristeten Neueinstellungen im Jahr 2023 (in Prozent)	15
Darstellung 3.10: Anzahl der für sofort gesuchten Arbeitskräfte (Vakanzen für qualifizierte und für einfache Tätigkeiten) in den Jahren 2013 bis 2023 (in Tausend)	16

Darstellung 3.11: Personalabgänge nach den Gründen des Ausscheidens im jeweils 1. Halbjahr 2013 bis 2023 (Anteile an allen Personalabgängen; in Prozent)	17
Darstellung 4.1: Anteil der Betriebe und Beschäftigten ohne Tarifvertrag an allen Betrieben und Beschäftigten in den Jahren 2013 bis 2023 (in Prozent)	18
Darstellung 4.2: Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag in den Jahren 2011, 2022 und 2023 (in Prozent)	19
Darstellung 4.3: Anwendung von Tarifverträgen in Bayern in den Jahren 2015 bis 2023 (in Prozent)	20
Darstellung 4.4: Betriebe mit tariflicher und übertariflicher Bezahlung im Jahr 2023 (in Prozent)	20
Darstellung 4.5: Durchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigten und je Vollzeitäquivalent in den Jahren 2013 bis 2023 (in Euro)	21
Darstellung 4.6: Verbreitung von Personalvertretungen in Betrieben im Jahr 2023 (in Prozent)	22
Darstellung 4.7: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in den Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (in Stunden)	23
Darstellung 4.8: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten (in Stunden) und Verteilung der Beschäftigten auf Arbeitszeitklassen 2023 (in Prozent)	24
Darstellung 4.9: Anteil der Betriebe und Dienststellen mit Überstunden an allen Betrieben in Bayern und Westdeutschland in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent)	25
Darstellung 4.10: Anteil der Betriebe mit Überstunden im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2022 und Art des Überstundenausgleichs (in Prozent)	26
Darstellung 4.11: Anteil der Betriebe und Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit vorhandenen Arbeitszeitkonten 2023 (in Prozent)	27
Darstellung 4.12: Betriebe mit Arbeitszeitkonten in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 (in Prozent)	27
Darstellung 5.1: Auswirkungen der veränderten Preise oder Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen (in Prozent)	29
Darstellung 5.2: Rückgang der Nachfrage oder Wegfall von Absatzmärkten (in Prozent)	30
Darstellung 5.3: Gestiegene Kosten für Energie und Treibstoffe (in Prozent)	31
Darstellung 5.4: Gestiegene Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffe (ohne Energie und Treibstoffe) (in Prozent)	32
Darstellung 5.5: Schwierigkeiten mit Lieferanten oder beim Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen (in Prozent)	33
Darstellung 5.6: Gestiegene Personalkosten (in Prozent)	34

Darstellung 5.7: Betriebe mit Anfragen und Beschäftigung von aus der Ukraine geflüchteten
Personen (in Prozent) 35

Glossar

Dienstleistungen im engeren Sinne	Alle Betriebe, die nicht den Bereichen Handel und Reparatur, dem Produzierenden Gewerbe oder Organisationen ohne Erwerbszweck bzw. der öffentlichen Verwaltung zugeordnet sind.
Einstellungs- und Abgangsrate	Die Abgangsrate ist als Division der Zahl der Abgänge im 1. Halbjahr durch die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt des 1. Halbjahres definiert, die Einstellungsrate entsprechend.
Große Betriebe	Gemäß der Definition der Europäischen Kommission zählt ein Unternehmen als Großbetrieb, wenn es mindestens 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfasst.
Klein- und Kleinstbetriebe	Gemäß der Definition der Europäischen Kommission zählt ein Unternehmen als Kleinstbetrieb, wenn es bis zu 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfasst. Kleinbetriebe beschäftigen bis zu 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Mittlere Betriebe	Mittlere Unternehmen sind gemäß der Definition der Europäischen Kommission Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
Organisationen ohne Erwerbszweck	Organisationen, die für die Allgemeinheit tätig sind, wie z.B. Berufsverbände, wissenschaftliche Gesellschaften, karitative Einrichtungen.

Zusammenfassung

Investitionen und Innovationen, Forschung und Entwicklung

- › Der Anteil der Betriebe in Bayern mit **Investitionen** im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 lag mit 48 % etwas niedriger als im Vorjahr (2021: 51 %, Darstellung 2.1).
- › Das **Investitionsvolumen**, das im Jahr 2021 sprunghaft auf den höchsten Wert (68 Mrd. Euro) seit 2012 angestiegen war, lag im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder etwas niedriger bei 61 Mrd. Euro. Damit lag das Investitionsvolumen aber immer noch deutlich über dem Niveau der Jahre 2012 bis 2020 (Darstellung 2.2).
- › **Investitionen** in Grundstücke und Gebäude sowie Produktionsanlagen und Betriebsausstattung stiegen in Bayern im Vergleich zu 2021 an (+2 bzw. +4 Prozentpunkte). Insbesondere im Produzierenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich wurden mehr Investitionen in Grundstücke und Gebäude als im Vorjahr getätigt (je +3 Prozentpunkte, Darstellung 2.3).
- › Der Anteil der Betriebe in Bayern mit **Produkt- und/oder Prozessinnovationen** war im Jahr 2022 mit 45 % deutlicher höher als in den Jahren zuvor (2018 bis 2021: jeweils 40 %). Darunter fielen insbesondere Weiterentwicklungen (35 %, +5 Prozentpunkte) und Sortimentserweiterungen (unverändert bei 20 %). Auch der Anteil der Betriebe mit Marktneuheiten ist von 5 % auf 7 % gestiegen (Darstellung 2.4).

Personalbewegungen und Personalsuche

- › Insgesamt berichteten die bayerischen Betriebe für das 1. Halbjahr 2023 ca. 564.000 **Personaleinstellungen** – etwas weniger als im Jahr 2022 (583.000, vgl. Darstellung 3.1). Auch die hochgerechnete Zahl der **Personalabgänge** ist mit 425.000 etwas gesunken (Jahr 2022: 461.000).
- › 67 % der Betriebe hatten im 1. Halbjahr 2023 keine Personaleinstellungen, im Vergleich zum Vorjahr sind das 5 Prozentpunkte mehr. 17 % hätten gerne eingestellt. Dieser sog. **ungedeckte Fachkräftebedarf** lag damit auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2022 (Darstellung 3.4)
- › Im Jahr 2023 lag die Anzahl **vakanter Stellen** in bayerischen Betrieben bei hochgerechnet 372.000 Stellen, überwiegend für qualifizierte Tätigkeiten. Nach dem Höchststand im Jahr 2022 (405.000) ist die Anzahl vakanter Stellen damit zwar wieder etwas gesunken, lag aber immer noch deutlich über dem Niveau der Jahre 2013 bis 2021 (Darstellung 3.10).

Personalpolitik

- › Im Jahr 2023 entlohnten 77 % aller Betriebe in Bayern außerhalb eines **Tarifvertrags**, was einem leichten Anstieg um 2 Prozentpunkte zum Vorjahr entsprach. Diese Betriebe standen für **52 %** aller Beschäftigten (vgl. Darstellung 4.1).
- › 52 % der bayerischen Betriebe mit Tarifvertrag bezahlten im Jahr 2023 **über Tarif** (2022: 55 %), in Westdeutschland waren es ebenfalls 52 % und in Ostdeutschland 46 % (Darstellung 4.4).

- › Im Jahr 2023 entlohnten die bayerischen Betriebe mit **3.944 Euro je Vollzeitäquivalent** deutlich über dem westdeutschen Schnitt (3.674 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies ein erneut deutliches Lohnplus von durchschnittlich 179 Euro mehr Lohn je Vollzeitäquivalent (Westdeutschland: +127 Euro, Darstellung 4.5).
- › Insgesamt hatten 6 % der Betriebe in Bayern im Jahr 2023 einen **Personal- bzw. Betriebsrat** (Westdeutschland: 8 %) (Darstellung 4.6)

Arbeitszeit

- › Die **durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit** von Vollzeitbeschäftigten betrug in Bayern 39,1 Stunden (Darstellung 4.8).
- › Im Produzierenden Gewerbe (39,4 Stunden) und dem Bereich Handel und Reparatur (39,5 Stunden) waren die **durchschnittlichen vereinbarten Arbeitszeiten** höher als im Dienstleistungsbereich mit 39,0 Stunden (Darstellung 4.8).
- › Während coronabedingt in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2019 und 2020 in deutlich weniger Betrieben **Überstunden** angeordnet worden waren (2019: 54 %, 2020: 48%), stieg deren Anteil im letzten sowie aktuellen Berichtsjahr wieder an (59 % in 2021 und 56 % in 2022). In Westdeutschland waren es im Jahr 2022 53 % (Darstellung 4.9).
- › Wie im Vorjahr gab es in 40 % der Betriebe und Dienststellen im Freistaat **Arbeitszeitkonten**, was einem Anteil von 60 % aller Beschäftigten entsprach (Darstellung 4.11).

Hohe Inflation und Folgen des Ukraine-Krieges

- › 77 % der befragten Betriebe berichteten von wirtschaftlichen Auswirkungen aufgrund von veränderten Preisen oder Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen, ein Großteil (85 %) wertete die Auswirkungen als negativ (Darstellung 5.1).
- › Die stärksten negativen Auswirkungen der hohen Inflation wurden den höheren **Kosten für Energie und Treibstoffe** zugeschrieben: 42 % der bayerischen Betriebe berichteten hier eine „starke“ und 27 % eine „sehr stark“ negative Betroffenheit (Darstellung 5.3).
- › Höhere **Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffe** werteten 58 % der Betriebe als „stark“ oder „sehr stark“ negativ. Im Produzierenden Gewerbe wird dies am deutlichsten geäußert (65 %, Darstellung 5.4).
- › Die Herausforderung beim **Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen** ist für 38 % der bayerischen Betriebe „stark“ oder „sehr stark“, insbesondere für mittlere und große Betriebe (Darstellung 5.5).
- › Seit Beginn des Ukraine-Krieges und des damit einhergehenden Fluchtgeschehens hatten wie bereits im Vorjahr 10 % der bayerischen Betriebe **Anfragen für ein Praktikum, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz von ukrainischen Staatsangehörigen** erhalten (Darstellung 5.7). 40 % der angefragten Betriebe beschäftigten im Jahr 2023 Geflüchtete aus der Ukraine oder hatten solche zumindest zeitweise beschäftigt.

1 Datengrundlage und methodische Hinweise

1.1 Die bayerische Stichprobe zum IAB-Betriebspanel

Seit dem Jahr 2001 beteiligt sich der Freistaat Bayern mit einer Aufstockungsstichprobe an der jährlichen Betriebsbefragung „Beschäftigungstrends“, dem so genannten Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Mit dieser von VERIAN (Mantle Germany GmbH) durchgeführten Erhebung liegen aus dem Jahr 2023 repräsentative Angaben von 1.206 bayerischen Betrieben und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis vor. In diesem Jahr legt die Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen, GEFRA, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit eine umfassende Auswertung zum Betriebspanel Bayern 2023 vor. Im Wesentlichen erfolgt die Auswertung der bayerischen Ergebnisse im Vergleich zu den west-, ost- sowie gesamtdeutschen Zahlen, nach zusammengefassten Branchen und Betriebsgrößenklassen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse punktuell nach weiteren Betriebsmerkmalen aufgeschlüsselt. Neben der vergleichenden Betrachtung von Regionen und Betriebsmerkmalen spielen zudem Zeitreihen eine wichtige Rolle bei der Darstellung und Einordnung der aktuellen Ergebnisse.

1.2 Methodische Hinweise

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind die folgenden Hinweise zu beachten:

- › Das IAB-Betriebspanel ist eine repräsentative Befragung. Trotz der relativ großen Stichprobe gibt es daher immer einen statistischen Unsicherheitsbereich. Ergebnisunterschiede von wenigen Prozentpunkten sollten daher nicht (über)interpretiert werden.
- › Bei Stichprobenerhebungen ist stets eine statistische Fehlertoleranz zu beachten: Je stärker das betrachtete Merkmal in der Grundgesamtheit streut und je geringer die ungewichtete Fallzahl der interessierenden Teilgruppe, desto größer ist der statistische Unsicherheitsbereich. Ergebnisse, die auf weniger als 100 befragten Betrieben basieren, werden deshalb in Klammern dargestellt und sollten mit größerer Vorsicht als die anderen Ergebnisse interpretiert werden. Bei Fallzahlen unter 50 Interviews werden die Ergebnisse nicht ausgewiesen, sondern durch - gekennzeichnet.
- › Abgesehen von einigen abgeleiteten Kennziffern (z.B. errechneten Quoten) werden die Ergebnisse kaufmännisch auf ganze Prozentzahlen gerundet. Dadurch können sich bei Summen bzw. verschiedenen Differenzierungen Abweichungen von 100 % bzw. der Gesamtsumme ergeben.
- › Aus Platzgründen werden nicht alle im Text angesprochenen Ergebnisse auch mit Abbildungen oder Tabellen hinterlegt. Das gilt insbesondere für Verweise auf das Vorjahresergebnis sowie für

die Aufgliederung von Kreuztabellen nach zusätzlichen Merkmalen. Solcherart weiter aufgegliederte Ergebnisse werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in einem gesonderten Absatz verschriftlicht.

- › Bei Zeitreihen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht alle Jahre wiedergegeben. In der Regel werden die letzten 10 Jahre betrachtet. Teilweise wechseln die verwendeten Jahre, da wegen des Modulkonzepts des Betriebspanels nicht alle Fragen in jedem Jahr zur Verfügung stehen.
- › Es ist zu beachten, dass sich nicht alle Fragen/Ergebnisse auf das Befragungsjahr 2023 (bzw. die ersten 6 Monate desselben) beziehen. Zum Teil wird nach Kennziffern gefragt, die sich auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr beziehen – normalerweise also das Vorjahr, z.B. „Wie war die Ertragslage im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr?“.

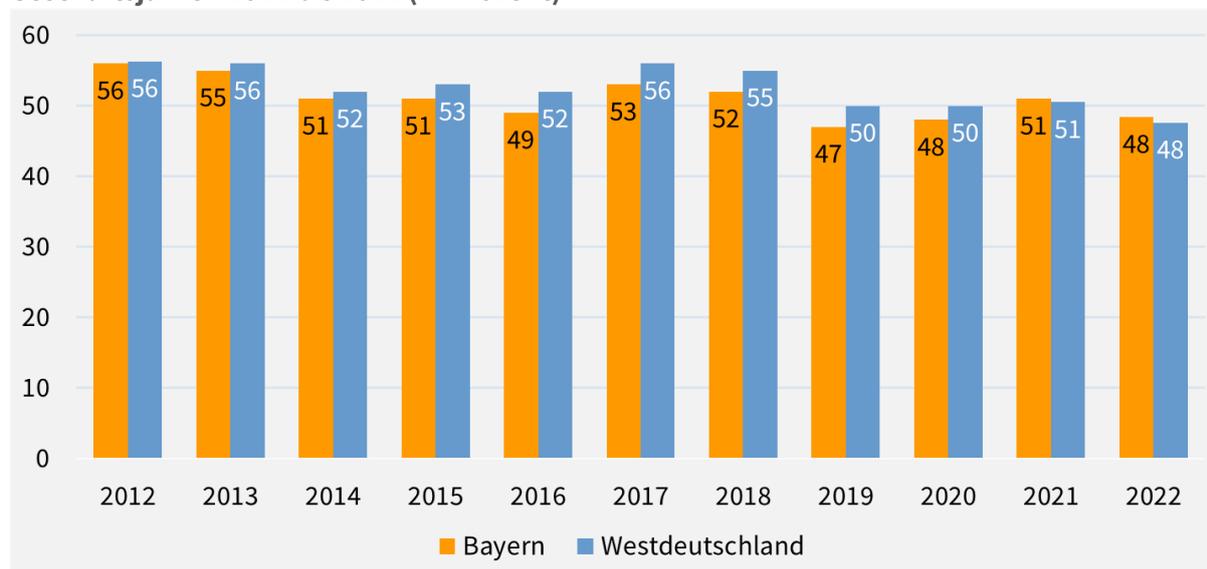
2 Investitionen und Innovation, Forschung und Entwicklung

Im IAB-Betriebspanel werden jährlich einige Fragen zu Investitionen und Innovationen in den Betrieben gestellt, die sich jeweils auf das vor dem Befragungszeitpunkt abgeschlossene Geschäftsjahr, im vorliegenden Fall das Geschäftsjahr 2022, beziehen.

2.1 Investitionen

Der Anteil der Betriebe und Dienststellen im Freistaat, die während des abgeschlossenen Geschäftsjahres 2022 Investitionen getätigt haben, liegt mit 48 % leicht unter dem Niveau des Vorjahres (51 %). Der Zeitreihe seit 2012 ist zu entnehmen, dass die Anteile der Betriebe mit Investitionen in Bayern den westdeutschen Durchschnitt zu keinem Zeitpunkt überschritten, aber eine vergleichbare zeitliche Entwicklung genommen haben (Darstellung 2.1).

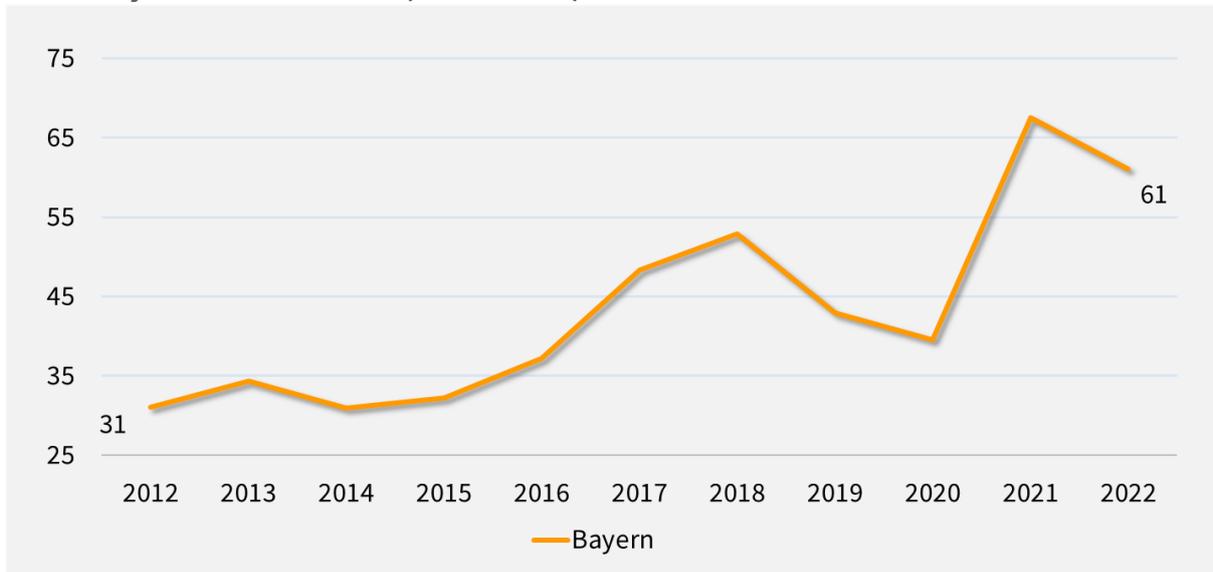
Darstellung 2.1: Anteil der Betriebe mit Investitionen an allen Betrieben in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent)



Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 beträgt der Anteil an Betrieben mit Investitionen in West- und Ostdeutschland ebenfalls 48 %.

Das Investitionsvolumen lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 bei 61 Mrd. Euro und damit um 7 Mrd. Euro niedriger als im Geschäftsjahr 2021 (vgl. Darstellung 2.2). Dieser Investitionsrückgang verdeutlicht die angespannte wirtschaftliche Lage im Jahr 2022, die von hohen Energiepreisen aufgrund des Ukraine-Krieges, hoher Inflation und steigenden Zinsen gekennzeichnet war. Nach wie vor sind es Großbetriebe (ab 250 Beschäftigte), die mit einem Gesamtvolumen von knapp 30 Mrd. Euro die höchsten Investitionssummen aufweisen (ca. 50 % des gesamten Volumens in 2023).

Darstellung 2.2: Investitionen bayerischer Betriebe insgesamt in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Mrd. Euro)



Welche Investitionen im Vorjahresvergleich gestiegen oder zurückgegangen sind, kann der Darstellung 2.3 entnommen werden. Demnach gingen bayernweit die Investitionen in Kommunikationstechnik, die während der Corona-Pandemie stark angestiegen waren, leicht zurück (-3 Prozentpunkte). Im Gegensatz dazu lagen Investitionen in Grundstücke sowie Produktionsanlagen und Betriebsausstattung im Jahresvergleich etwas höher (+2 bzw. +4 Prozentpunkte).

Differenziert nach Branchen, stiegen die Investitionen in Grundstücke und Gebäude im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 im Produzierenden Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich jeweils um 3 Prozentpunkte an. Auffällig ist zudem ein deutlicher Anstieg der Investitionen in Betriebsausstattung im Dienstleistungsbereich (+8 Prozentpunkte).

Im Vergleich zu West- und Ostdeutschland (61 % bzw. 55 %) investierten die bayerischen Betriebe (63 %) im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 etwas mehr in Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung.

Darstellung 2.3: Anteil der Betriebe mit Investitionen in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2021 und 2022 nach Bereichen (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

	Betriebe mit Investitionen		davon in: Grundstücke, Gebäude		davon in: Kommunikationstechnik, Datenverarbeitung		davon in: Produktionsanlagen, Betriebsausrüstung		davon in: Verkehrsmittel, Transportsysteme	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Produzierendes Gewerbe	52	50	11	14	49	48	65	65	46	44
Handel und Reparatur	(38)	(38)	(17)	(9)	(76)	(73)	(60)	(54)	(20)	(24)
Dienstleistungen im engeren Sinne	56	52	10	13	69	67	42	50	26	23
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 bis 9 Beschäftigte	43	42	9	11	59	59	47	49	26	26
10 bis 49 Beschäftigte	65	59	15	18	74	65	53	58	35	30
50 bis 249 Beschäftigte	65	68	34	22	78	82	62	67	41	40
ab 250 Beschäftigte	(85)	(81)	(48)	(55)	(76)	(87)	(71)	(73)	(33)	(40)
Bayern	51	48	13	15	66	63	50	54	30	29
Westdeutschland	50	48	14	15	65	61	54	55	29	30
Ostdeutschland	47	48	14	15	58	55	59	58	31	31
Deutschland	50	48	14	15	63	60	55	56	29	30

2.2 Innovationen

Während der Anteil der Betriebe mit Produkt- bzw. Prozessinnovationen in Bayern in den letzten 10 Jahren nahezu konstant bei 40 % lag, ist er im Jahr 2023 sprunghaft um 5 Prozentpunkte auf 45 % angestiegen (vgl. Darstellung 2.4).

Darstellung 2.4: Anteil der Betriebe mit verschiedenen Arten von Innovationen an allen Betrieben in Bayern in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Betriebe mit Produkt und/oder Prozessinnovationen	42	40	39	40	37	38	40	40	40	40	45
Betriebe mit Produktinnovationen	41	40	38	38	36	37	37	37	38	38	42
darunter:											
Betriebe mit Weiterentwicklungen	33	35	31	33	32	30	29	31	30	30	35
Betriebe mit Sortimentserweiterungen	21	21	20	20	18	19	21	19	21	20	20
Betriebe mit Marktneuheiten	6	6	7	6	6	5	7	6	9	5	7
Betriebe mit Prozessinnovationen	11	13	12	14	13	12	15	13	16	14	14

Im Einzelnen wurden 3 Arten von Produktinnovationen und zusätzlich Prozessinnovationen abgefragt. Für das Geschäftsjahr 2022 ergibt sich folgendes Bild innovativer Veränderungen bayerischer Betriebe (vgl. Darstellung 2.5):

- › Weiterentwicklungen wurden von 35 % der Betriebe im Freistaat genannt (Vorjahr: 30 %),
- › Sortimentserweiterungen wie im Vorjahr von 20 %,
- › 7 % (Vorjahr: 5 %) der befragten Betriebe melden echte Marktneuheiten,
- › 14 % (Vorjahr: 14 %) berichten von Prozessinnovationen, die den „Produktionsprozess oder das Bereitstellen von Dienstleistungen erheblich verbessert haben“.

Bei allen 4 abgefragten Arten von Innovationen gilt, dass sich die bayerischen kaum von den westdeutschen Zahlen unterscheiden. Je größer die Betriebe, umso häufiger wurden Innovationen im abgelaufenen Geschäftsjahr berichtet. Mit Blick auf die Branchen liegen im Dienstleistungsbereich die Anteile der Betriebe mit Weiterentwicklungen im Geschäftsjahr 2022 (35 %) leicht über dem Durchschnitt. Sortimentserweiterungen wurden deutlich häufiger von Betrieben im Bereich Handel und Reparatur gemeldet.

Darstellung 2.5: Anteil der Betriebe mit verschiedenen Arten von Innovationen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 an allen Betrieben nach Betriebsgruppen (Mehrfachnennungen möglich; in Prozent)

	Betriebe mit Innovationen	Betriebe mit Produktinnovationen	darunter: Weiterentwicklungen	darunter: Sortimentserweiterungen	darunter: Marktneuhheiten	Betriebe mit Prozessinnovationen
Produzierendes Gewerbe	37	36	29	13	7	14
Handel und Reparatur	46	46	29	35	7	8
Dienstleistungen i. e. S.	47	43	39	19	8	16
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	-	-	-	-	-	-
1 bis 9 Beschäftigte	41	39	32	20	6	11
10 bis 49 Beschäftigte	48	45	38	19	9	18
50 bis 249 Beschäftigte	63	58	51	26	6	29
ab 250 Beschäftigte	72	66	55	35	14	44
Bayern	44	42	35	20	7	14
Westdeutschland	45	42	34	21	6	13
Ostdeutschland	38	36	29	18	5	12
Deutschland	43	41	33	20	6	13

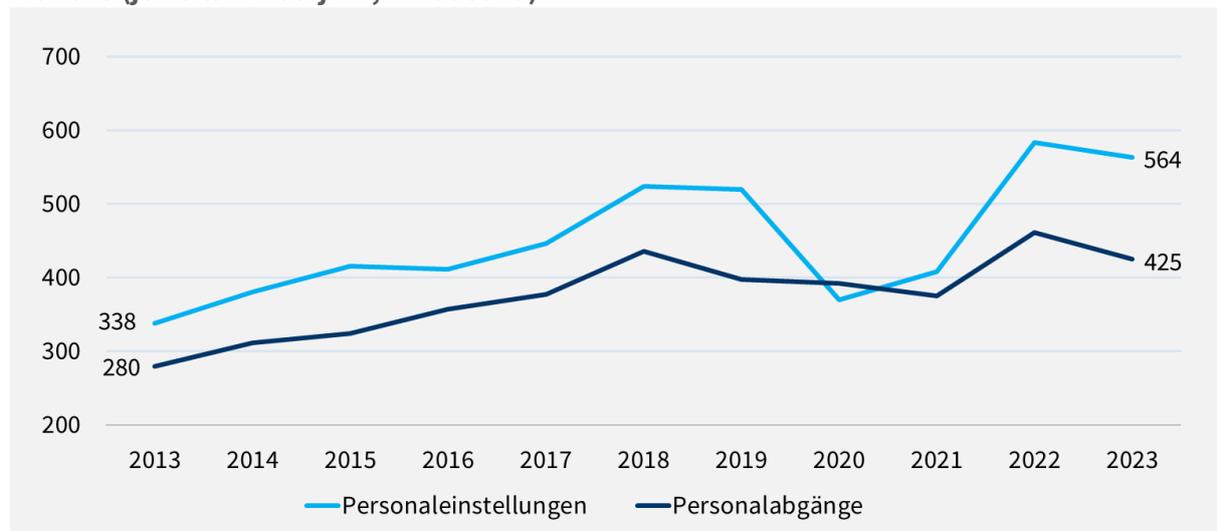
3 Personalbewegungen und Personalsuche

3.1 Personalbewegungen im Überblick

Laut IAB-Betriebspanel liegt die hochgerechnete Zahl der Personaleinstellungen in Bayern im 1. Halbjahr 2023 bei 564.000 und war damit etwas niedriger als noch im Vorjahr (2022: 583.000), in dem der hohe Anstieg insbesondere auf Nachholeffekte nach der Corona-Krise zurückzuführen war (vgl. Darstellung 3.1). Auch die hochgerechnete Zahl der Personalabgänge ist mit 425.000 etwas niedriger als in 2022 (461.000).

Die Darstellung 3.1 belegt auch, dass (mit Ausnahme des Jahres 2020) der Personalsaldo der bayerischen Betriebe seit 2013 positiv ist (mehr Personaleinstellungen als Personalabgänge).

Darstellung 3.1: Personaleinstellungen und Personalabgänge in Bayern in den Jahren 2013 bis 2023 (jeweils 1. Halbjahr; in Tausend)



Tendenziell gilt das auch für den Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. -abgängen, der sich im Jahr 2023 auf 33 % bzw. 27 % beläuft (vgl. Darstellung 3.2). Insbesondere der Anteil personaleinstellender Betriebe ist verglichen zum Vorjahr 2022 deutlich gesunken (-5 Prozentpunkte) und erreichte damit im Jahr 2023 in etwa wieder den durchschnittlichen Anteil der Jahre vor der Corona-Krise (2019: 35 %, 2018: 34 %). Der korrespondierende Anteil der Betriebe mit Personalabgängen liegt hingegen mit 27 % auf einem vergleichbaren Vorjahresniveau (-2 Prozentpunkte). Der Anteil an Betrieben mit Personaleinstellungen ist im Vorjahresvergleich auch in Westdeutschland gesunken, allerdings im Vergleich zu Bayern auf einem niedrigeren Niveau (-1 Prozentpunkt).

Darstellung 3.2: Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen bzw. Personalabgängen in ausgewählten Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (jeweils 1. Halbjahr; in Prozent)

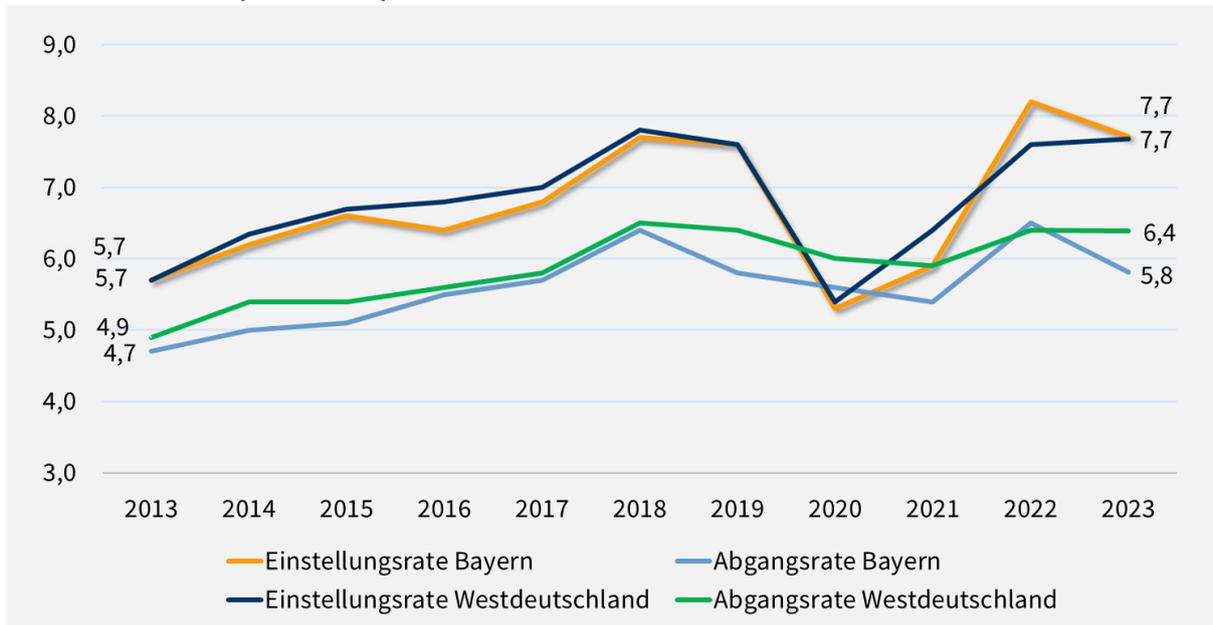
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betriebe in Bayern mit ...											
Personaleinstellungen	28	29	29	32	31	34	35	29	28	38	33
Personalabgängen	24	25	29	28	29	31	30	29	27	29	27
Betriebe in Westdeutschland mit ...											
Personaleinstellungen	30	31	32	33	33	35	35	29	29	35	34
Personalabgängen	28	29	30	29	31	32	32	32	30	31	30

Darstellung 3.3 stellt die Zeitreihen der Einstellungs- und Abgangsrate¹ im Freistaat und in Westdeutschland einander gegenüber. Diese Raten können damit als einfache Indikatoren für die Dynamik von Arbeitsmärkten angesehen werden. Die bayerischen Raten liegen mit Ausnahme des Jahres 2022 in den meisten Jahren seit 2013 nicht über, sondern eher unter denjenigen für Westdeutschland, ein Indiz, dass der Freistaat ein gutes Beispiel dafür ist, dass eine gute Arbeitsmarktlage (hoher Beschäftigungsstand und geringe Arbeitslosigkeit) nicht mit einer besonders großen Dynamik am Arbeitsmarkt einhergehen muss.

Im Vergleich zum Jahr 2022 ist in Bayern die Einstellungsrate leicht gesunken (von 8,2 % auf 7,7 %) und liegt aktuell ebenso wie der westdeutsche Durchschnitt (7,7 %) in etwa auf dem Niveau der Jahre vor der Corona-Krise (2019: 7,6 %, 2018: 7,7 %).

¹ Die Einstellungsrate ist als Division der Zahl der Einstellungen im 1. Halbjahr durch die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt des 1. Halbjahres definiert, die Abgangsrate entsprechend.

Darstellung 3.3: Einstellungs- und Abgangsrate in den Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (in Prozent)



3.2 Personaleinstellungen und unbesetzte Stellen

Im Freistaat gab es im 1. Halbjahr 2023 33 % Betriebe und Dienststellen mit Personaleinstellungen (vgl. Darstellung 3.2) und damit deutlich weniger als im Vorjahr (38 %). Darunter waren 16 %, die ihren Personalbedarf vollständig und weitere 17 %, die ihren Personalbedarf nur teilweise decken konnten. Unter den 67 % der Betriebe ohne Personaleinstellungen waren wie bereits im Vorjahr 17 %, die gerne Personaleinstellungen vorgenommen hätten, dies aber im 1. Halbjahr 2023 doch nicht getan haben (vgl. Darstellung 3.4).

50 % der bayerischen Betriebe hatten im 1. Halbjahr 2023 keinen Personalbedarf bzw. haben kein Personal gesucht, im Vorjahr traf dies mit 45 % auf etwas weniger der befragten Betriebe zu. Wie schon im Vorjahr sind es besonders Kleinbetriebe, die keinen Personalbedarf anmelden (65 %).

Darstellung 3.4: Betriebe mit Personaleinstellungen und (un-)gedecktem Personalbedarf im 1. Halbjahr 2023 (in Prozent)

	Betriebe mit Personaleinstellungen	darunter: Bedarf vollständig gedeckt	darunter: Bedarf nicht vollständig gedeckt	Betriebe ohne Personaleinstellungen	darunter: Hätten gerne eingestellt	darunter: kein Bedarf
Produzierendes Gewerbe	27	11	16	73	22	51
Handel und Reparatur	33	17	17	67	13	54
Dienstleistungen i. e. S.	36	17	19	64	19	45
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	(39)	(30)	(9)	(61)	(11)	(50)
1 bis 9 Beschäftigte	18	11	7	82	17	65
10 bis 49 Beschäftigte	57	25	32	43	21	22
50 bis 249 Beschäftigte	83	26	57	17	7	10
ab 250 Beschäftigte	99	25	74	1	1	0
Bayern	33	16	17	67	17	50
Westdeutschland	35	18	17	65	18	47
Ostdeutschland	32	18	14	68	19	49
Deutschland	34	18	16	66	18	48

In Darstellung 3.5 wird ersichtlich, dass der Anteil der Betriebe mit nicht besetzten Stellen für qualifizierte Tätigkeiten, d.h. solche, für die die Betriebe „normalerweise eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen höheren Berufsabschluss“ voraussetzen, seit 2013 in Bayern von 9 % auf 26 % im Jahr 2019 deutlich angestiegen ist. Beeinflusst durch die Corona-Pandemie fiel der Wert auf 16 % bzw. 18 % in den Jahren 2020 und 2021 und lag anschließend in 2022 und 2023 mit 27 % bzw. 25 % wieder deutlich höher. Regional betrachtet lag der ungedeckte Fachkräftebedarf in Bayern einen Prozentpunkt über dem Niveau von West- und Ostdeutschland.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Fachkräfteengpass im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich leicht zurückgegangen (-1 Prozentpunkt bzw. -2 Prozentpunkte).

Darstellung 3.5: Betriebe mit nicht besetzten Stellen für qualifizierte Tätigkeiten im 1. Halbjahr 2013 bis 2023 nach Branchen und Größenklassen (Anteil an allen Betrieben; in Prozent)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Produzierendes Gewerbe	9	8	17	9	11	17	22	10	18	32	31
Handel und Reparatur	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dienstleistungen i. e. S.	7	11	11	14	16	23	24	17	17	29	27
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 bis 9 Beschäftigte	(6)	(5)	(9)	(9)	(9)	(18)	(19)	(11)	(14)	(18)	(18)
10 bis 49 Beschäftigte	15	18	22	18	31	32	43	24	24	41	37
50 bis 249 Beschäftigte	28	33	28	36	32	42	44	31	37	58	50
ab 250 Beschäftigte	(30)	(28)	(31)	(36)	(43)	(50)	(45)	(35)	(43)	(60)	(62)
Bayern	9	10	13	13	16	23	26	16	18	27	25
Westdeutschland	9	10	11	14	16	21	22	15	20	27	24
Ostdeutschland	11	13	14	20	20	24	25	18	22	27	24
Deutschland	9	10	11	15	17	22	23	15	20	27	24

3.2.1 Personaleinstellungen nach Qualifikationsgruppen

Im 1. Halbjahr 2023 haben, wie Darstellung 3.6 zeigt, 33 % der bayerischen Betriebe und Dienststellen Personaleinstellungen vorgenommen. Darunter waren 14 % (Vorjahr 15 %) aller Betriebe mit Personalrekrutierung für Arbeiten, die keinen Berufsabschluss erfordern, und 22 % (Vorjahr 29 %) mit Einstellungen für qualifizierte Tätigkeiten.

In Westdeutschland stellten 15 % der Betriebe Geringqualifizierte und 24 % der Betriebe qualifizierte Personen ein. Erwartungsgemäß ist der Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen sowohl für einfache als auch für qualifizierte Tätigkeiten umso höher, je größer der Betrieb ist (Darstellung 3.6). Während der Anteil der Betriebe mit Personaleinstellungen für qualifizierte Tätigkeiten im Produzierenden Gewerbe und bei Dienstleistungen deutlich höher als für einfache Tätigkeiten war, waren die Anteile im Bereich Handel und Reparatur und in der öffentlichen Verwaltung in etwa gleich hoch.

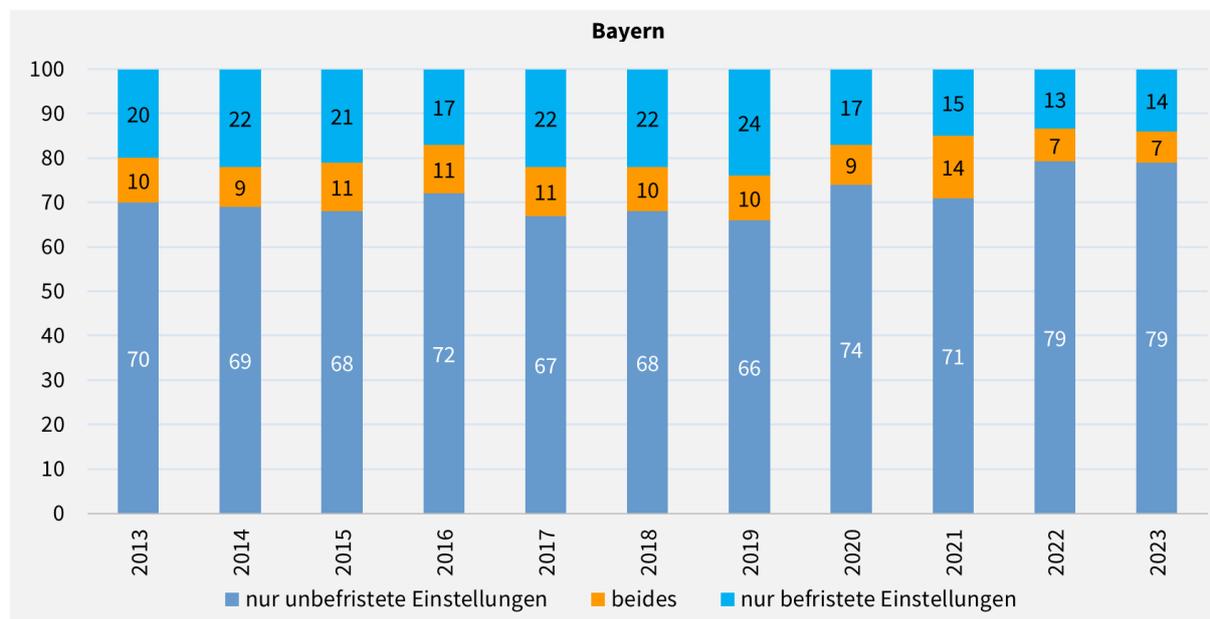
Darstellung 3.6: Betriebe mit Personaleinstellungen für einfache und qualifizierte Tätigkeiten im 1. Halbjahr 2023 (Anteil an allen Betrieben; in Prozent)

	Betriebe mit Personaleinstellungen	darunter für: einfache Tätigkeiten	darunter für: qualifizierte Tätigkeiten
Produzierendes Gewerbe	27	8	21
Handel und Reparatur	33	18	18
Dienstleistungen i. e. S.	46	21	31
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	(39)	20	21
1 bis 9 Beschäftigte	18	9	9
10 bis 49 Beschäftigte	57	21	43
50 bis 249 Beschäftigte	83	45	65
ab 250 Beschäftigte	99	71	91
Bayern	33	14	22
Westdeutschland	35	15	24
Ostdeutschland	32	12	24
Deutschland	34	15	24

3.2.2 Befristete Einstellungen

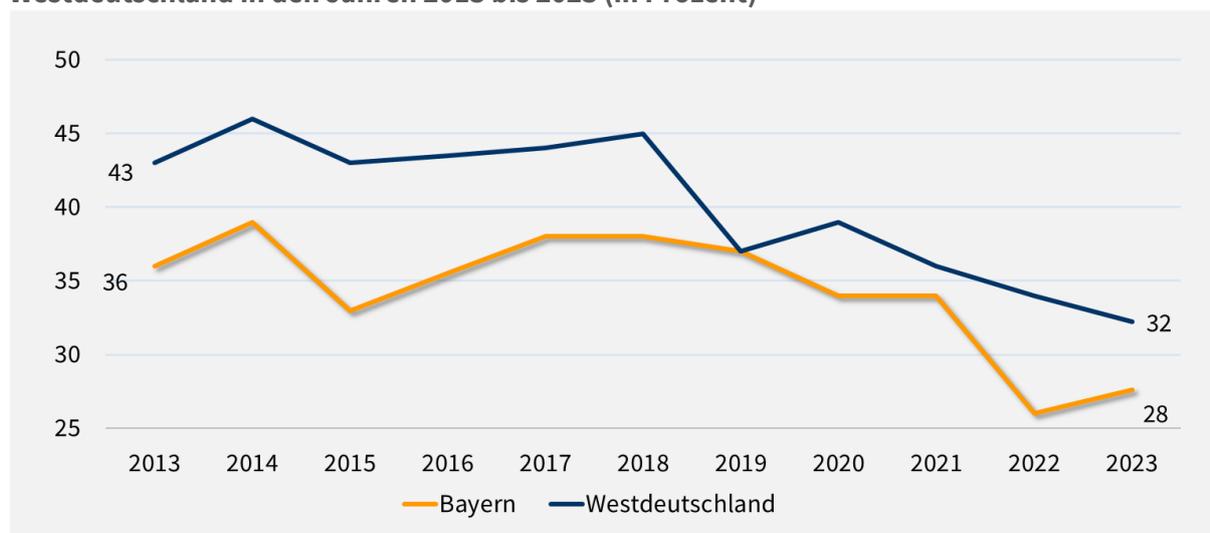
Darstellung 3.7 zeigt für die Personaleinstellungen zunächst betriebsbezogen für die Jahre seit 2013, dass sich die Anteile der Betriebe mit Personaleinstellungen in Bayern, die sich mit der normalen gesetzlichen Probezeit begnügen und nur unbefristete Einstellungen vornehmen, in Bayern in einer Spannweite von zwei Dritteln (2019) bis zu knapp vier Fünfteln (2022 und 2023) bewegten. Im Jahr 2023 lag dieser Anteil in Bayern bei 79 %. Der Anteil von Dienststellen und Betrieben, die ausschließlich befristet einstellen, ist in Bayern seit 2019 rückläufig, seit 2023 stieg der Anteil jedoch wieder leicht um einen Prozentpunkt auf 14% an.

Darstellung 3.7: Betriebe mit Personaleinstellungen nach Art der Einstellung im 1. Halbjahr 2013 bis 2023 in Bayern (in Prozent)



Personenbezogen ist der Anteil der befristeten Einstellungen an allen Neueinstellungen ausgehend vom Jahr 2013 in Bayern und Westdeutschland rückläufig (vgl. Darstellung 3.8). Während die Anzahl befristeter Einstellungen (an allen Einstellungen) in Bayern über die Jahre hinweg zum Teil deutlich unter dem westdeutschen Anteil lag, haben sich die Anteile bis zum Berichtsjahr 2019 nahezu angeglichen. Seitdem liegen die bayerischen Werte wieder unter dem westdeutschen Durchschnitt, im Jahr 2023 war ihr Anteil an allen Neueinstellungen 4 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland, sind allerdings verglichen zum Vorjahr leicht um 2 Prozentpunkte angestiegen.

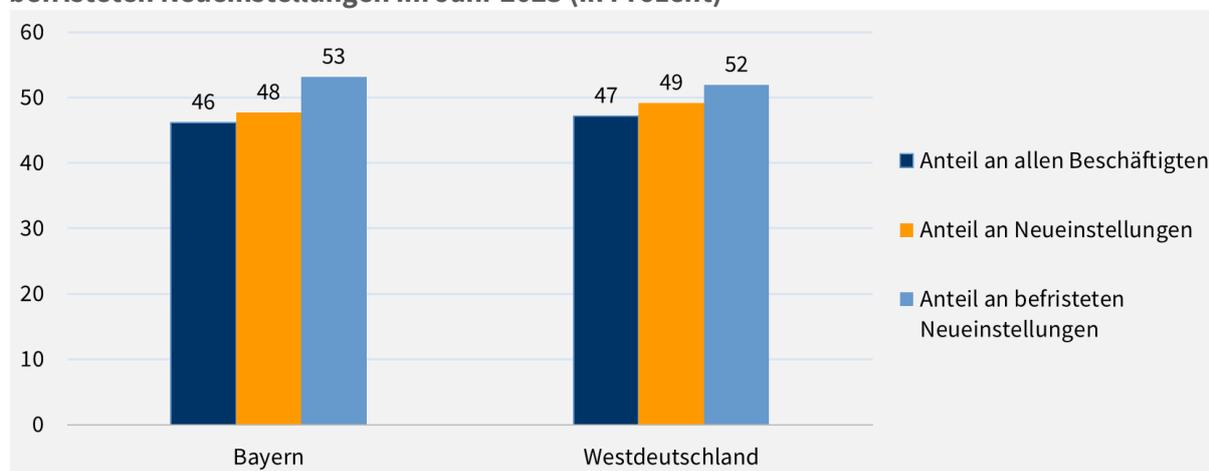
Darstellung 3.8: Anteil der befristeten Einstellungen an allen Neueinstellungen in Bayern und Westdeutschland in den Jahren 2013 bis 2023 (in Prozent)



Wie Darstellung 3.9 zeigt, sind Frauen im Freistaat wie in Westdeutschland stärker bei den befristeten Neueinstellungen vertreten als es ihrem Anteil am Beschäftigtenbestand und an allen Einstellungen entspricht. Ihr Anteil an allen Beschäftigten lag in Bayern im 1. Halbjahr 2023 bei 46 %. Ihr

Anteil an den befristeten Neueinstellungen ist mit 53 % deutlich höher und liegt auch leicht über dem westdeutschen Durchschnitt (52 %).

Darstellung 3.9: Frauenanteil an den Beschäftigten, den Neueinstellungen und den befristeten Neueinstellungen im Jahr 2023 (in Prozent)



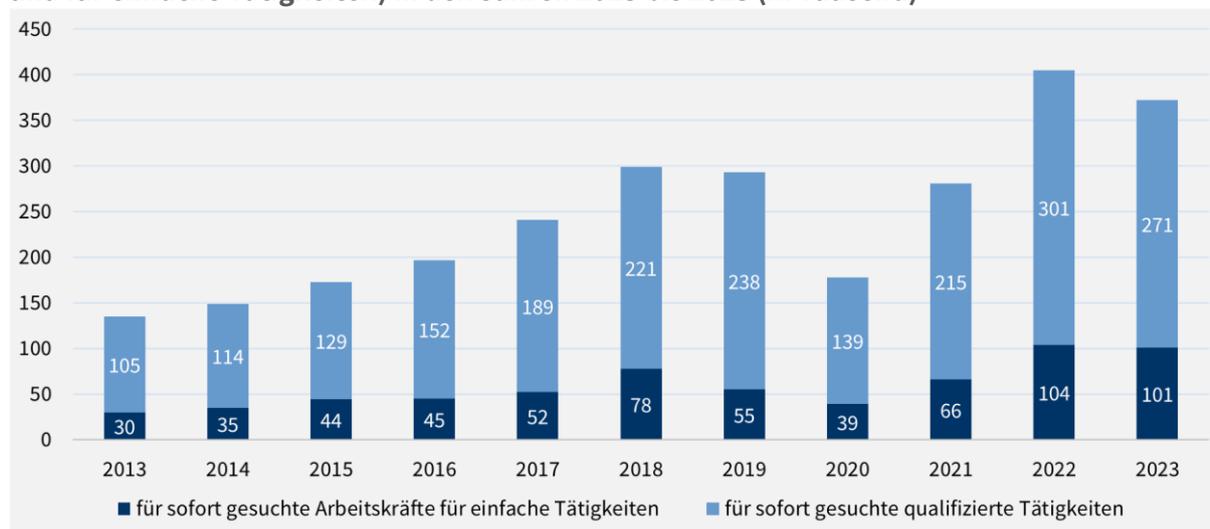
Die im IAB-Betriebspanel erhobene Nachfrage nach dem Verbleib nach Vertragsende ergibt für Bayern, dass 54 % der befristet Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis einmünden und 22 % erneut befristet beschäftigt werden. Im Jahr 2022 lag der Anteil erneut befristet Beschäftigter noch bei 28 %.

3.3 Vakanzen

Vakanzen sind im Gegensatz zu den während eines bestimmten Zeitraumes (wie z.B. Januar bis Juni eines Jahres) nicht besetzten Stellenangeboten ein zeitpunktbezogener Indikator. Es geht bei vakanten Stellen um sofort zu besetzende Stellen etwa an dem Tag der Befragung. Neben eventuellen Stellenbesetzungsproblemen spielen für die Zahl der Vakanzen unter anderem auch die Ausweitung der Beschäftigung, die Planbarkeit und das vorausschauende Planungsverhalten der Betriebe eine Rolle.

Darstellung 3.10 zeigt, wie sich die Zahl der Vakanzen in Bayern seit 2013 bis 2023 entwickelt hat. Ausgehend vom Jahr 2013 ist insbesondere für qualifizierte Tätigkeiten ein starker Anstieg gesuchter Arbeitskräfte bis zu den Jahren 2018/2019 zu beobachten, auf den ein pandemiebedingter Einbruch im 1. Halbjahr 2020 folgte. Im Jahr 2021 stieg die Anzahl vakanter Stellen wieder, für qualifizierte stärker als für einfache Tätigkeiten. Im Vergleich zum Vorjahr, in der sich die höchste Zahl vakanter Stellen in Bayern seit 2013 zeigte, ist die Anzahl vakanter Stellen von 405.000 auf 372.000 leicht gesunken. Während die Zahl der Stellen für sofort gesuchte Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten mit 101.000 nahezu gleichgeblieben ist (2022: 104.000), ist die für qualifizierte Arbeitskräfte deutlich von 301.000 auf 271.000 gesunken.

Darstellung 3.10: Anzahl der für sofort gesuchten Arbeitskräfte (Vakanzen für qualifizierte und für einfache Tätigkeiten) in den Jahren 2013 bis 2023 (in Tausend)

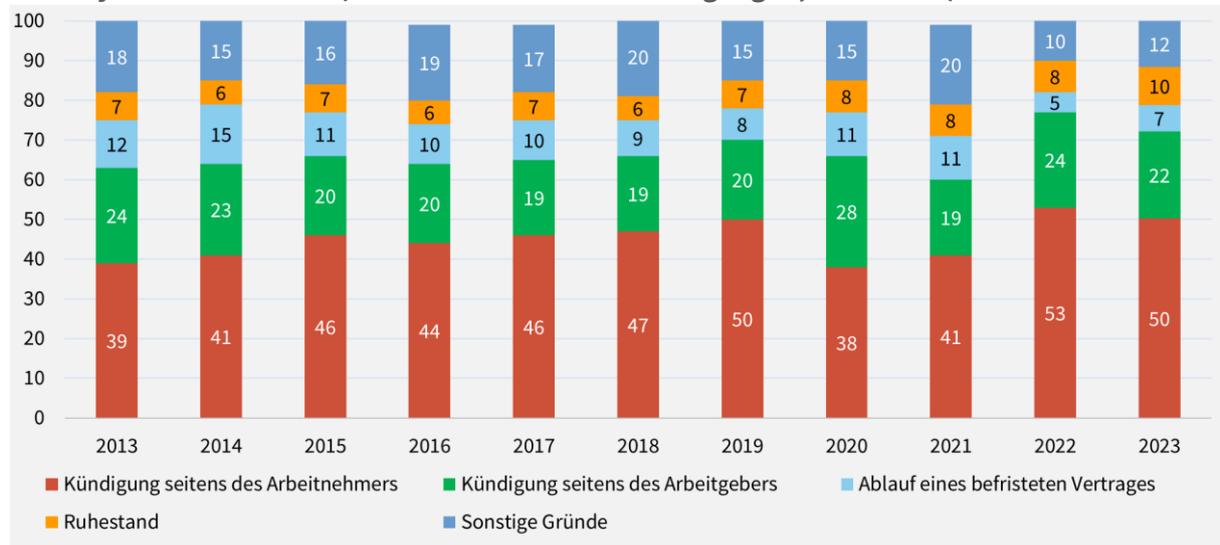


Hochgerechnet entfallen 226.000 vakante Stellen auf den Dienstleistungsbereich, im Produzierenden Gewerbe sind es immerhin 87.000 gesuchte Arbeitskräfte. In der Öffentlichen Verwaltung bzw. in Organisationen ohne Erwerbszweck ist der akute Fachkräftebedarf mit 6.000 Stellen zwar verhältnismäßig geringer, im Vergleich zum Vorjahr aber leicht angestiegen.

3.4 Personalabgänge im Detail

In Bayern hatten im 1. Halbjahr 2023 27 % aller Betriebe Personalabgänge (Vorjahr: 29 %). Der am häufigsten genannte Grund für die Personalabgänge war mit 50 % die Kündigung seitens der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers (vgl. Darstellung 3.11). Dieser Anteilswert lag in den Jahren während der Corona-Pandemie 2020 und 2021 bei niedrigeren 38 % bzw. 41 %. 22 % der Kündigungen wurden 2022 betriebsseitig ausgesprochen, was einem leichten Rückgang um 2 Prozentpunkte zum Vorjahr (24 %) entspricht. Hingegen sind Kündigungen aufgrund des Ablaufs eines befristeten Vertrages (7 %), Eintritts in den Ruhestand (10 %) oder aus sonstigen Gründen (12%) um jeweils 2 Prozentpunkte angestiegen.

Darstellung 3.11: Personalabgänge nach den Gründen des Ausscheidens im jeweils 1. Halbjahr 2013 bis 2023 (Anteile an allen Personalabgängen; in Prozent)

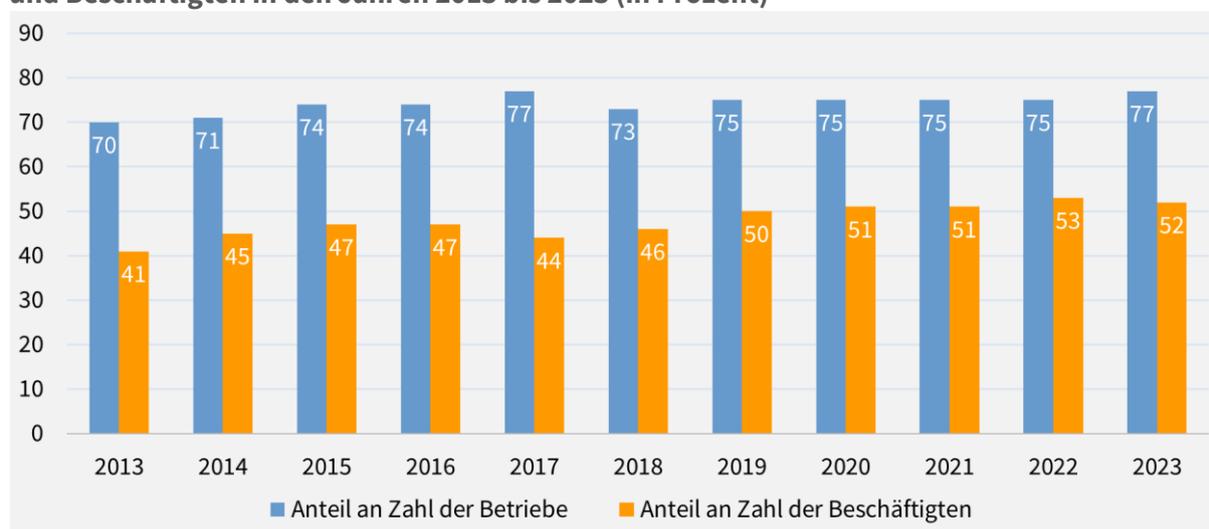


4 Personalpolitik

4.1 Tarifbindung/-geltung

In Bayern hatten im Jahr 2013 70 % aller Betriebe keinen Tarifvertrag. In diesen Betrieben waren 41 % aller Beschäftigten tätig. Bis zum Jahr 2023 sind diese Anteile angewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil der Betriebe ohne Tarifvertrag um weitere 2 Prozentpunkte auf 77 % angestiegen (2019–2022: 75 %). Diese Betriebe stehen für 52 % aller Beschäftigten (Darstellung 4.1).²

Darstellung 4.1: Anteil der Betriebe und Beschäftigten ohne Tarifvertrag an allen Betrieben und Beschäftigten in den Jahren 2013 bis 2023 (in Prozent)



Bei einer Branchendifferenzierung der Fragestellung, wie viele Betriebe bzw. Beschäftigte dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages unterliegen, ist festzustellen, dass dies 2023 in Betrieben des Produzierenden Gewerbes häufiger der Fall ist als im Dienstleistungssektor. Während im Produzierenden Gewerbe 33 % der Betriebe und 65 % der Beschäftigten über einen Tarifvertrag verfügen, ist dies bei Dienstleistungen im engeren Sinne nur zu 17 % bzw. 43 % der Fall (Handel und Reparatur 17 % bzw. 18 %, vgl. Darstellung 4.2).

In Bayern liegt der Anteil der Betriebe mit Tarifbindung leicht unter den westdeutschen, aber über dem ostdeutschen Durchschnittswert. In den Jahren 2011 und 2022 sind differenziert nach Branchen und Regionen ähnliche Unterschiede in der Tarifbindung wie im Jahr 2023 festzustellen, wenn auch auf etwas höherem Niveau.

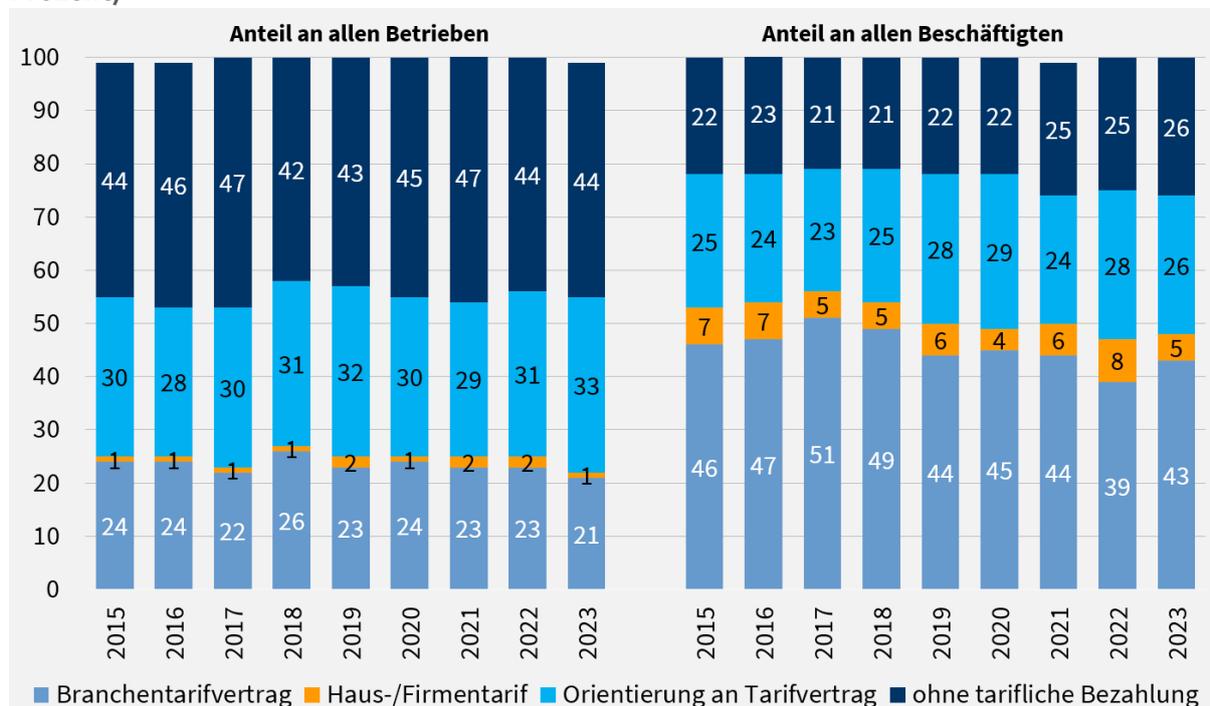
² Bei der Zunahme des Anteils der Betriebe und Beschäftigten ohne Tarifvertrag handelt es sich um eine längerfristige Entwicklung. So betrug der Anteil der Betriebe bzw. der Beschäftigten ohne Tarifvertrag in Bayern im Jahr 2001 50 % bzw. 30 % (vgl. INIFES 2021).

Darstellung 4.2: Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag in den Jahren 2011, 2022 und 2023 (in Prozent)

	Anteil Betriebe mit Tarifvertrag an allen Betrieben			Anteil Beschäftigte mit Tarifvertrag an allen Beschäftigten		
	2011	2022	2023	2011	2022	2023
Produzierendes Gewerbe	44	34	33	68	59	65
Handel und Reparatur	22	19	17	40	21	18
Dienstleistungen im engeren Sinne	30	22	17	56	44	43
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	(66)	(60)	(61)	(94)	(75)	(81)
Bayern	33	25	22	60	47	48
Westdeutschland	34	27	25	61	52	51
Ostdeutschland	21	18	18	49	45	44
Deutschland	31	25	24	59	51	50

Über die Frage hinaus, ob im Betrieb ein Tarifvertrag gilt, wird im IAB-Betriebspanel jährlich die Frage gestellt: „Orientieren Sie sich bezüglich der Löhne und Gehälter an einem Branchentarifvertrag?“ Der Darstellung 4.3 kann für das Jahr 2023 entnommen werden, dass bezogen auf alle Betriebe der Großteil der Tarifverträge auf Branchentarifverträge (21 %) entfällt und Haus-/Firmentarifverträge eher selten sind (1 %). Darüber hinaus orientierte sich im Jahr 2023 jeder dritte Betrieb in Bayern an einem Tarifvertrag. Bezogen auf alle Beschäftigten in Bayern zeigte sich im Jahr 2023 eine Orientierung an einem Tarifvertrag für 26 %. 43 % werden den Angaben der Personalverantwortlichen zufolge nach Branchentarif entlohnt, was im Vergleich zum Vorjahr, in dem der Anteil auf den niedrigsten Wert seit 2014 gesunken war (39 %), einen Anstieg um 4 % entsprach. Hingegen ist der Anteil an Beschäftigten, die nach einem Haus- oder Firmentarif entlohnt wurden, von 8 % auf 5 % gesunken.

Darstellung 4.3: Anwendung von Tarifverträgen in Bayern in den Jahren 2015 bis 2023 (in Prozent)



22 % der bayerischen Betriebe unterliegen dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages und 55 % der Betriebe orientieren sich an einem Tarifvertrag (vgl. Darstellung 4.4). Diese Anteile sind nur leicht unter bzw. gleich dem west-, aber deutlich über dem ostdeutschen Durchschnitt. Von den Betrieben mit Tarifvertrag bezahlen nach eigenen Angaben 52 % in Bayern über Tarif. Dieser Wert entspricht dem Westdeutschlands und liegt deutlich über dem Wert Ostdeutschlands (46 %).

Darstellung 4.4: Betriebe mit tariflicher und übertariflicher Bezahlung im Jahr 2023 (in Prozent)

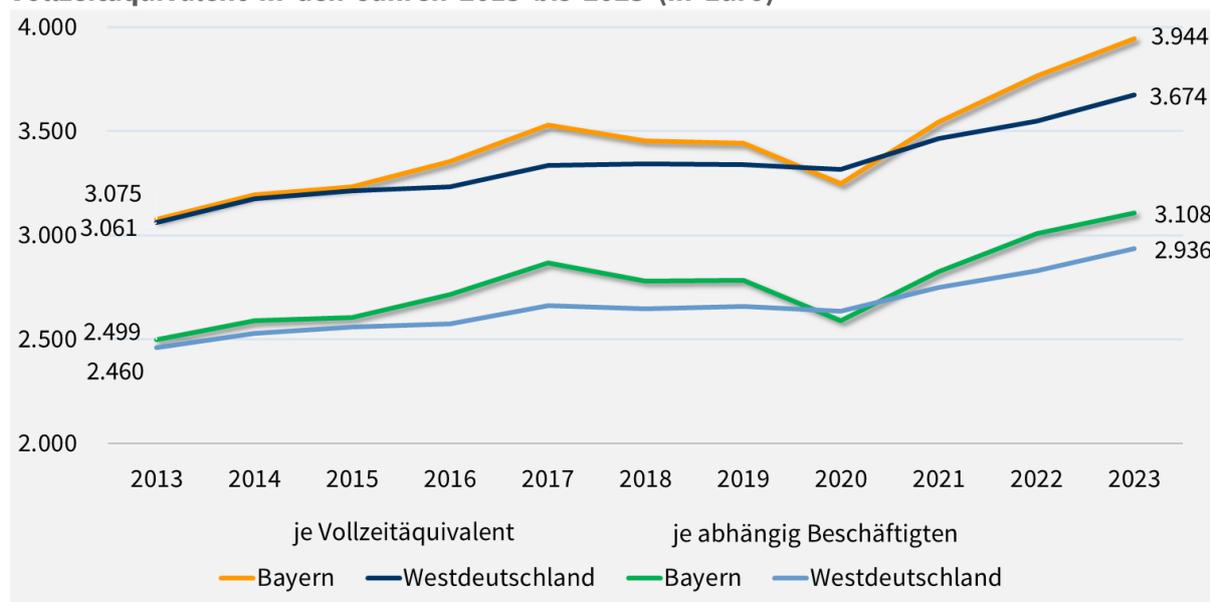
	Betriebe mit Tarifvertrag (Anteil an allen Betrieben)	Betriebe mit tariflicher Bezahlung (Anteil an allen Betrieben)	Betriebe mit Bezahlung über Tarif (Anteil an allen Betrieben mit Tarif)
Bayern	22	55	52
Westdeutschland	25	55	52
Ostdeutschland	18	44	46
Deutschland	24	53	51

4.2 Entlohnung

Darstellung 4.5 enthält 4 Zeitreihen für die Jahre 2013 bis 2023 für Bayern und Westdeutschland. Wiedergegeben sind die Durchschnittslöhne/-gehälter³ je Vollzeitäquivalent (die beiden oberen Linien) und je abhängig Beschäftigter/Beschäftigtem (die beiden unteren Linien). Erwartungsgemäß weisen alle 4 Zeitreihen einen steigenden Trend auf. Die Durchschnittslöhne/-gehälter in Bayern sind im Zeitraum 2015 bis 2017 deutlich gestiegen, haben sich aber nach diesem „Ausreißer“⁴ bis zum Jahr 2020 wieder zurück entwickelt, und zwar in etwa auf das Niveau vom Jahr 2015. In den Jahren nach der Corona-Krise 2021 und 2022 sind die Durchschnittslöhne/-gehälter in Bayern besonders stark gestiegen (+9 % bzw. + 6 %). Im aktuellen Berichtsjahr 2023 stiegen die Durchschnittslöhne/-gehälter aufgrund der hohen Inflation ebenfalls deutlich um 5 %.

Auffällig ist, dass bei aller Ähnlichkeit der Verläufe die bayerischen Löhne/Gehälter ab ca. 2013 den westdeutschen Durchschnitt übertroffen haben und nach einem kurzzeitig leicht unterdurchschnittlichen Wert im Jahr 2020 im aktuellen Jahr 2023 wieder deutlich darüber lagen.

Darstellung 4.5: Durchschnittslohn/-gehalt je abhängig Beschäftigten und je Vollzeitäquivalent in den Jahren 2013 bis 2023 (in Euro)



Das durchschnittliche Bruttoentgelt je Vollzeitäquivalent betrug in Bayern im Jahr 2023 3.944 Euro (Westdeutschland: 3.674 Euro). Die höchsten Bruttoentgelte je Vollzeitäquivalent wies in Bayern unter den Wirtschaftsbereichen das Produzierende Gewerbe mit 4.534 Euro aus. Im Dienstleistungssektor im engeren Sinne lag das Bruttoentgelt bei 3.790 Euro. Im Bereich Handel und Reparatur belief es sich nur auf 3.281 Euro. Bemerkenswert ist, dass Betriebe mit einer Tarifbindung bzw. -orientierung ein deutlich höheres durchschnittliches Entgelt je Vollzeitäquivalent auswiesen (4.544 Euro) als nicht tarifgebundene Betriebe (3.379 Euro).

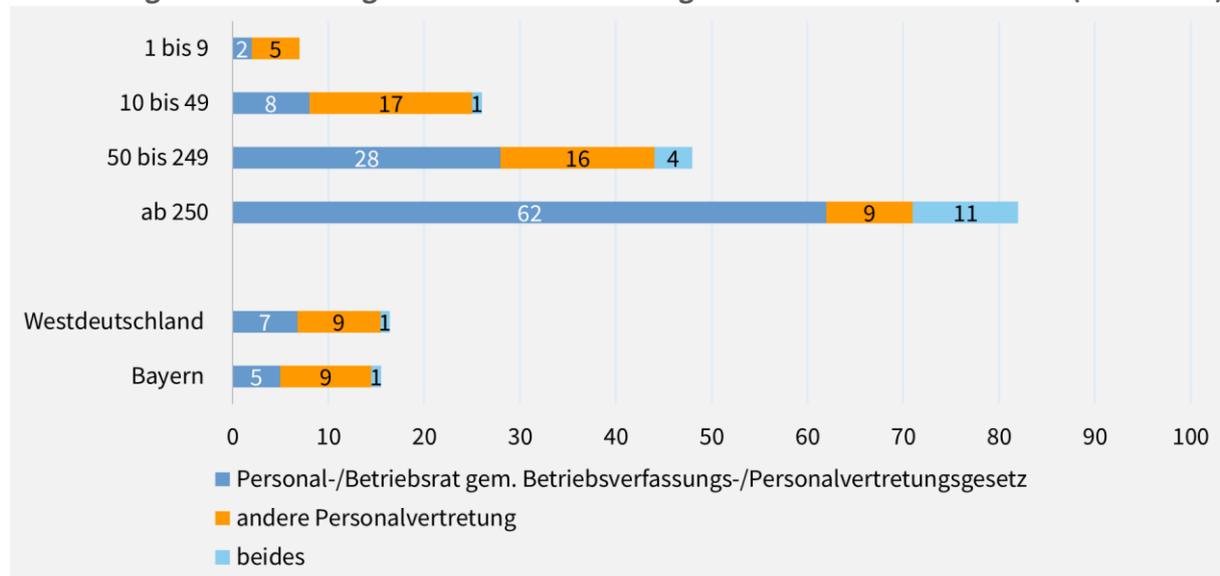
³ Ohne Urlaubsgeld und ohne Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung.

⁴ Ursachen für diesen Ausreißer können z. B. Änderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigten, Nachzahlungen im Rahmen rückwirkender Tariferhöhungen im Juni 2017 oder das „statistische Rauschen“ durch Zufallsfehler sein.

4.3 Betriebsrat/Personalvertretung

5 % aller Betriebe und Dienststellen im Freistaat berichteten 2023, dass es bei ihnen einen Betriebs- bzw. Personalrat gemäß Betriebsverfassungs- oder Personalvertretungsgesetz gibt. 9 % berichteten von einer anderen Form der Personalvertretung und bei 1 % gab es beides. Damit haben insgesamt 6 % eine gesetzliche Personalvertretung. Betrachtet man diese nach Betriebsgröße, so steigen die Anteile an allen 3 Möglichkeiten der Personalvertretung mit der Zunahme an Beschäftigten (vgl. Darstellung 4.6).

Darstellung 4.6: Verbreitung von Personalvertretungen in Betrieben im Jahr 2023 (in Prozent)

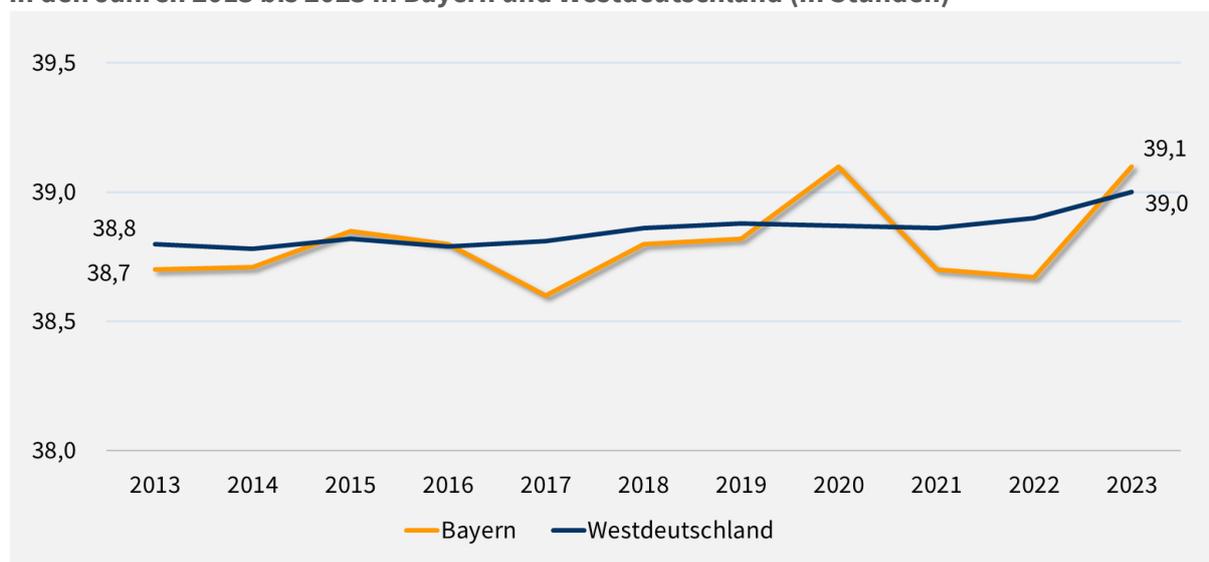


4.4 Arbeitszeit

4.4.1 Vereinbarte Arbeitszeit

Die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten betrug im Jahr 2023 in Bayern 39,1 Stunden und in Westdeutschland 39,0 Stunden. Seit dem Jahr 2012 ist die betriebliche Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten – mit kleineren Schwankungen – bis zum Jahr 2019 weitgehend konstant geblieben. Im Jahr 2020 stellte sich in Bayern ein höherer Wert von 39,1 Stunden ein, der in 2021 und 2022 wieder abfiel und zuletzt erneut auf 39,1 Stunden anstieg. Somit unterlag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den letzten vier Jahren deutlich höheren Schwankungen als in den Jahren zuvor und im Vergleich zu Westdeutschland. (vgl. Darstellung 4.7).

Darstellung 4.7: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in den Jahren 2013 bis 2023 in Bayern und Westdeutschland (in Stunden)



Ein gewisser Trend bezüglich der durchschnittlichen vereinbarten Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten lässt sich für den Dienstleistungsbereich beobachten. Während die Wochenarbeitszeit im Jahr 2013 dort 39,3 Stunden betrug, ist sie bis zum Jahr 2022 langsam auf 39,4 Stunden angestiegen, zuletzt jedoch wieder auf 39,0 Stunden gesunken. Für das Produzierende Gewerbe lässt sich ein umgekehrter Trend feststellen, hier ist sie im Zeitraum von 2013 bis 2022 um 0,4 Stunden auf 37,3 Stunden gesunken, zuletzt jedoch stark angestiegen, und zwar auf 39,4 Stunden in 2023.

Darstellung 4.8 stellt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit sowie die prozentuale Verteilung der Beschäftigten auf Arbeitszeitklassen nach Branche und Betriebsgröße dar. Dabei sind im Dienstleistungssektor wie oben beschrieben neuerdings niedrigere Arbeitszeiten als im Produzierenden Gewerbe zu beobachten. Am höchsten sind die Arbeitszeiten mit 39,5 Stunden im Bereich Handel und Reparatur. Dort ist mit 71 % der Betriebe die vereinbarte Wochenarbeitszeit zwischen 40 bis 42 Stunden auch am höchsten.

Im Vergleich zum Vorjahr arbeiten mit 14 % etwas mehr der Beschäftigten in Bayern mit einer kurzen vereinbarten Wochenarbeitszeit (unter 38 Stunden, 2022: 11 %). Je größer der Betrieb, umso häufiger gibt es kurze vereinbarte Arbeitszeiten von 38 Stunden und weniger.

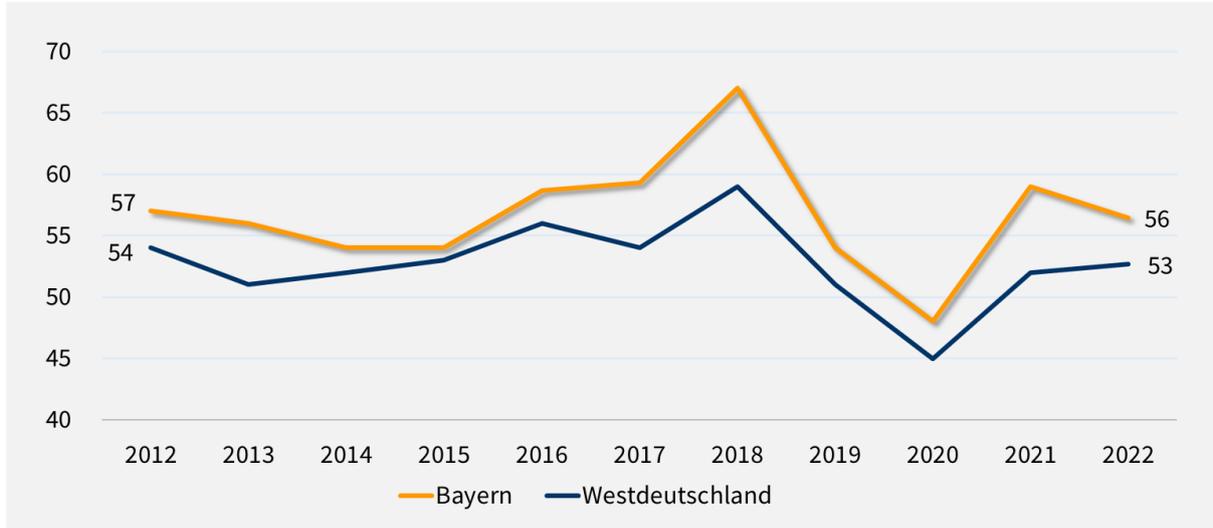
Die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben ist etwas geringer als derjenigen in nicht tarifgebundenen Betrieben (38,8 versus 39,3 Std.).

Darstellung 4.8: Durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten (in Stunden) und Verteilung der Beschäftigten auf Arbeitszeitklassen 2023 (in Prozent)

	Durchschnittl. Wochenarbeits- zeit	Beschäftigte mit ... Stunden				
		Unter 36	36 bis 38	38 bis 40	40 bis 42	42 und mehr
Produzierendes Gewerbe	39,4	7	12	20	59	2
Handel und Reparatur	39,5	2	10	15	71	2
Dienstleistungen im engeren Sinne	39,0	7	4	37	50	2
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	(39,1)	(1)	(0)	(69)	(29)	(1)
1 bis 9 Beschäftigte	39,1	7	6	21	64	2
10 bis 49 Beschäftigte	39,2	4	7	30	57	2
50 bis 249 Beschäftigte	39,3	4	8	37	49	2
ab 250	38,4	16	11	42	32	0
Bayern	39,1	7	7	22	62	2
Westdeutschland	39,0	7	6	23	61	3
Ostdeutschland	39,5	11	3	14	69	2
Deutschland	39,1	8	6	21	62	3

4.4.2 Überstunden

Über die vereinbarten Arbeitszeiten von Voll- wie Teilzeitbeschäftigten hinaus arbeiten viele Beschäftigte länger, indem sie Überstunden leisten. Darstellung 4.9 zeigt, dass sich, über den Zeitraum von 2012 bis 2022 betrachtet, immer mehr Betriebe und Dienststellen dieses Instruments der Flexibilisierung bedient haben und dass bis zum Ende des Geschäftsjahres 2019 dieser Trend sowohl in Bayern wie auch in Westdeutschland abrupt abgebrochen ist. Im Jahr 2020 hat der Anteil der Betriebe und Dienststellen mit Überstunden weiter abgenommen, was damit zusammenhängt, dass der Abbau von Überstunden ein wichtiges Instrument bei der betrieblichen Bewältigung der Coronapandemie war. Anschließend stieg der Anteil in 2021 ungefähr auf das Niveau von 2017. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 ist der Anteil an Betrieben mit Überstunden wieder leicht auf 56 % gesunken. Im Vergleich zu Westdeutschland sind es im Zeitverlauf anteilig in Bayern durchweg mehr Betriebe und Dienststellen, die Überstunden anordnen.

Darstellung 4.9: Anteil der Betriebe und Dienststellen mit Überstunden an allen Betrieben in Bayern und Westdeutschland in den abgelaufenen Geschäftsjahren 2012 bis 2022 (in Prozent)

Die Darstellung 4.10 zeigt, dass in Bayern 4 % der Betriebe Überstunden „nur“ mit Geld ausgleichen. Das sind deutlich weniger als im west- und ostdeutschen Durchschnitt (8 % bzw. 7 %). Hingegen gleichen 47 % der bayerischen Betriebe Überstunden „nur“ mit Freizeit aus. Das sind mehr als in Westdeutschland (42 %) und in Ostdeutschland (47 %). 44 % der bayerischen Betriebe praktizieren beide Arten des Überstundenausgleichs, in Westdeutschland sind es 46 % und in Ostdeutschland ebenfalls 44 %. Interessanterweise gaben auch 5 % der bayerischen Betriebe an, dass sie Überstunden gar nicht ausgleichen. Vor allem Kleinstbetriebe (8 %) gleichen Überstunden häufiger nicht aus als größere Betriebe (0 bis 1 %).

Darstellung 4.10: Anteil der Betriebe mit Überstunden im abgeschlossenen Geschäftsjahr 2022 und Art des Überstundenausgleichs (in Prozent)

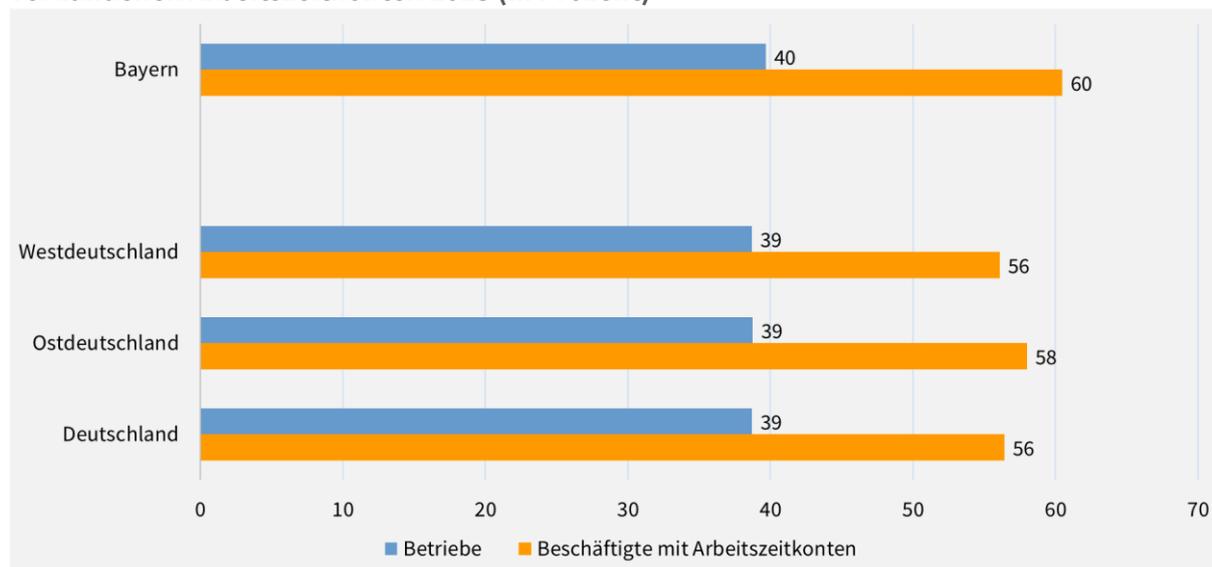
	Betriebe mit Überstunden	davon: Mit ausbezahlten Überstunden	davon: mit Freizeitausgleich	davon: mit beidem	davon: ohne Ausgleich
Produzierendes Gewerbe	63	3	46	46	5
Handel und Reparatur	54	2	45	48	5
Dienstleistungen i. e. S.	55	5	47	43	5
Org. ohne Erwerb / Öff. Verwaltung	(67)	(1)	(60)	(33)	6
1 bis 9 Beschäftigte	46	2	52	38	8
10 bis 49 Beschäftigte	77	8	45	46	1
50 bis 249 Beschäftigte	83	7	25	68	0
ab 250 Beschäftigte	96	1	18	81	0
Bayern	57	4	47	44	5
Westdeutschland	53	8	42	46	3
Ostdeutschland	50	7	47	44	2
Deutschland	52	8	43	46	3

4.4.3 Arbeitszeitkonten

Eine Form zur praktischen Durchführung des Freizeitausgleichs von Überstunden sowie der Administration von Überstunden sind Arbeitszeitkonten.⁵ Im Jahr 2023 gab es in 40 % der Betriebe und Dienststellen im Freistaat solche Arbeitszeitkonten. Derartige Regelungen galten nach den Aussagen der befragten Personalverantwortlichen für 60 % aller Beschäftigten. In West- bzw. Ostdeutschland wurden zu beiden Maßzahlen leicht niedrigere Anteile genannt (vgl. Darstellung 4.11).

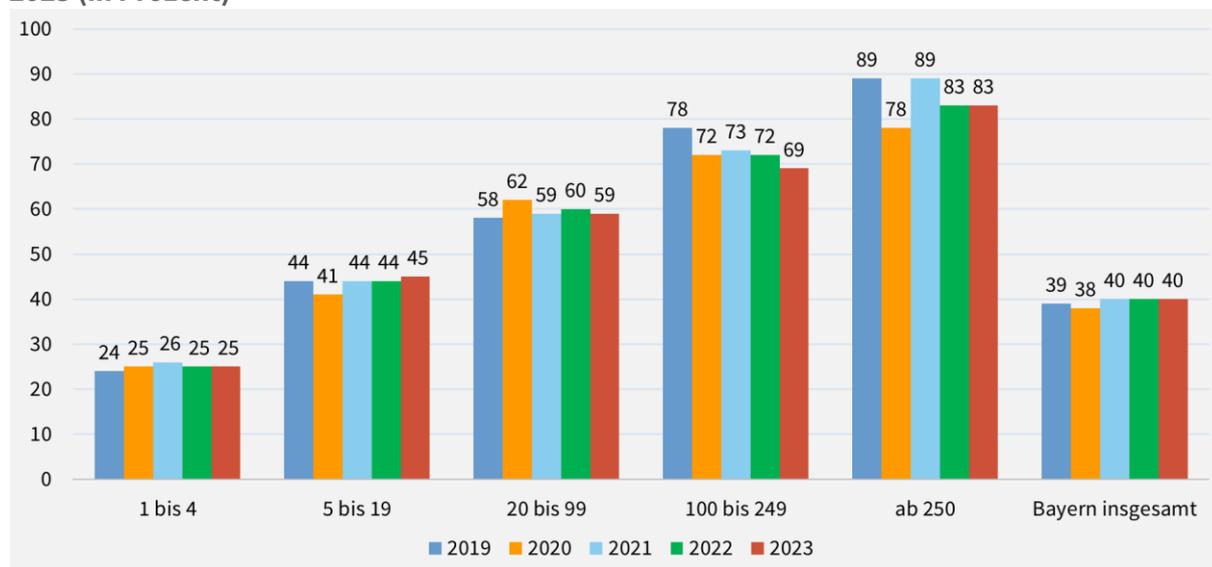
⁵ Ausführlicher wurde das Thema Arbeitszeitkonten in der Befragung des Jahres 2018 untersucht (vgl. INIFES 2019, S. II-81 ff.).

Darstellung 4.11: Anteil der Betriebe und Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit vorhandenen Arbeitszeitkonten 2023 (in Prozent)



In den letzten Jahren ist der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten angestiegen. Er unterliegt aber auch Schwankungen, wie Darstellung 4.12 im Vergleich der aktuellsten 5 Umfragen des IAB-Betriebspanels verdeutlicht.⁶ Sehr klar wird aus dieser Darstellung, dass Arbeitszeitkonten in allen 5 betrachteten Jahren in Kleinst- und Kleinbetrieben viel seltener zu finden sind als in mittleren und großen Betrieben.

Darstellung 4.12: Betriebe mit Arbeitszeitkonten in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 (in Prozent)



⁶ Wie ein Vergleich mit den Daten des Jahres 2002 zeigt, reicht dieser Trend allerdings weiter zurück (vgl. INIFES 2021).

5 Hohe Inflation und Folgen des Ukraine-Krieges

5.1 Wirtschaftliche Auswirkungen auf die bayerischen Betriebe

Auf unvorhergesehene Ereignisse und Krisen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg) reagiert die Befragung des IAB-Betriebspanels mit einem außerplanmäßigen Fragemodul, um die Konsequenzen für die Betriebe zu erfassen. Wie zuletzt in den Jahren 2021 und 2022 für die Corona-Pandemie bzw. den Ukraine-Krieg, wurden für das Berichtsjahr 2023 die Betriebe nach den wirtschaftlichen Auswirkungen der veränderten Preise oder Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen befragt.

Insgesamt berichteten 77 % der befragten bayerischen Betriebe, Auswirkungen der Inflation oder Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen wahrzunehmen, und zwar zum Großteil (85 %) negative Auswirkungen (vgl. Darstellung 5.1). 18 % der Betriebe berichteten, dass sie keine Auswirkungen spüren und 5 % konnten zum Zeitpunkt der Befragung noch keine gesicherte Aussage treffen. Die Betroffenheit von steigenden Preisen und Beschaffungsknappheiten stieg zunächst mit der Betriebsgröße an und war im Produzierenden Gewerbe (87 %) und im Bereich Handel und Reparatur (81 %) deutlich größer als in den anderen Branchen.

Der Anteil bayerischer Betriebe, die von Auswirkungen berichteten, war etwas höher (+6 Prozentpunkte) als in West- und Ostdeutschland (jeweils 71 %).

Darstellung 5.1: Auswirkungen der veränderten Preise oder Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen (in Prozent)

	Betriebe mit Auswirkungen	davon: Überwiegend negativ	davon: Überwiegend positiv	davon: Beides in gleichem Maße	Betriebe ohne Auswirkungen	Schwer zu sagen
Produzierendes Gewerbe	87	84	2	14	10	3
Handel und Reparatur	81	86	6	8	14	5
Dienstleistungen im engeren Sinne	72	84	1	15	22	6
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	(54)	(73)	(0)	(27)	(38)	(8)
1 bis 9 Beschäftigte	77	83	2	15	19	4
10 bis 49 Beschäftigte	75	89	2	9	18	7
50 bis 249 Beschäftigte	83	86	2	12	11	6
ab 250 Beschäftigte	80	83	2	15	16	4
Bayern	77	85	2	13	18	5
Westdeutschland	71	84	2	14	20	8
Ostdeutschland	71	88	1	11	19	9
Deutschland	71	85	2	13	20	9

Betriebe, die von überwiegend negativen Auswirkungen berichteten, wurden entlang verschiedener Aspekte danach gefragt, wie stark der Betrieb wirtschaftlich negativ betroffen ist. In Bayern sahen 51 % der befragten Betriebe keinen oder nur einen geringen Rückgang der Nachfrage oder einen Wegfall von Absatzmärkten aufgrund der hohen Inflation und Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen (Skalenwerte 1 und 2). Einen Rückgang bei der Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen werden am ehesten von Betrieben des Produzierenden Gewerbes (17 % Nennungen „stark“ und 5 % „sehr stark“) sowie im Bereich Handel und Reparatur (22 % Nennungen „stark“ und 2 % „sehr stark“).

Im Vergleich zu west- oder ostdeutschen Betrieben finden sich dagegen kaum Unterschiede in der Einschätzung der bayerischen Betriebe (vgl. Darstellung 5.2).

Darstellung 5.2: Rückgang der Nachfrage oder Wegfall von Absatzmärkten (in Prozent)

	1 überhaupt nicht	2 gering	3 mittel	4 stark	5 sehr stark
Produzierendes Gewerbe	20	21	36	17	5
Handel und Reparatur	16	21	33	22	2
Dienstleistungen im engeren Sinne	38	21	22	15	2
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	84	14	3	0	0
1 bis 9 Beschäftigte	28	21	28	17	3
10 bis 49 Beschäftigte	34	18	29	14	2
50 bis 249 Beschäftigte	22	33	25	15	3
ab 250 Beschäftigte	31	25	26	14	3
Bayern	30	21	28	16	3
Westdeutschland	32	20	27	16	5
Ostdeutschland	35	20	26	14	5
Deutschland	32	20	27	15	5

Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern mit negativen Auswirkungen durch den Krieg.

Abweichungen von 100 % in den Quersummen ist der Darstellung gerundeter Werte geschuldet.

Im Gegensatz hierzu sehen sich 69 % der bayerischen Betriebe „stark“ oder „sehr stark“ durch höhere Kosten für Energie und Treibstoffe negativ betroffen (vgl. Darstellung 5.3).

Betrachtet man die Extremwerte (Nennung „sehr stark“), dann ist der öffentliche Sektor (39 %) am stärksten durch die gestiegenen Energiekosten betroffen, gefolgt vom Dienstleistungsbereich (30 %). Aber auch im Produzierenden Gewerbe waren die Betriebe merklich von gestiegenen Kosten betroffen, und zwar jeder vierte Betrieb „sehr stark“ und weitere 48 % „stark“. In der Tendenz steigt die selbstberichtete wirtschaftliche Belastung durch gestiegene Energiepreise mit der Betriebsgröße an.

Darstellung 5.3: Gestiegene Kosten für Energie und Treibstoffe (in Prozent)

	1 überhaupt nicht	2 gering	3 mittel	4 stark	5 sehr stark
Produzierendes Gewerbe	0	5	21	48	25
Handel und Reparatur	2	8	23	40	20
Dienstleistungen im engeren Sinne	1	7	20	41	30
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	0	0	32	28	39
1 bis 9 Beschäftigte	1	8	23	41	24
10 bis 49 Beschäftigte	0	2	17	44	34
50 bis 249 Beschäftigte	1	5	18	42	33
ab 250 Beschäftigte	0	4	13	45	36
Bayern	1	6	21	42	27
Westdeutschland	1	6	21	42	29
Ostdeutschland	1	5	21	42	30
Deutschland	1	6	21	42	30

Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern mit negativen Auswirkungen durch den Krieg.

Abweichungen von 100 % in den Quersummen ist der Darstellung gerundeter Werte geschuldet.

Als weitere negative Auswirkung durch die hohe Inflation und Knappheiten bei Energie, Rohstoffen und Vorleistungen wurde nach den Folgen gestiegener Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffe gefragt (vgl. Darstellung 5.4). Demnach äußern 58 % der befragten Betriebe in Bayern diesbezüglich eine wirtschaftliche Belastung als „stark“ bzw. „sehr stark“. Diese Werte liegen auf vergleichbarem Niveau wie in Ost- und Westdeutschland und unterscheiden sich kaum bei Betrachtung der Betriebsgrößen. Mit Blick auf die Branchen ist das Produzierende Gewerbe von den höheren Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffen am stärksten betroffen.

Darstellung 5.4: Gestiegene Kosten für Vorleistungen oder Rohstoffe (ohne Energie und Treibstoffe) (in Prozent)

	1 überhaupt nicht	2 gering	3 mittel	4 stark	5 sehr stark
Produzierendes Gewerbe	7	7	20	43	22
Handel und Reparatur	5	10	18	44	16
Dienstleistungen im engeren Sinne	12	11	20	37	18
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	33	8	26	27	6
1 bis 9 Beschäftigte	10	12	21	38	17
10 bis 49 Beschäftigte	10	5	19	44	20
50 bis 249 Beschäftigte	7	8	24	43	16
ab 250 Beschäftigte	6	12	18	45	16
Bayern	10	10	21	40	18
Westdeutschland	12	10	21	36	20
Ostdeutschland	14	9	22	35	20
Deutschland	12	10	24	36	20

Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern mit negativen Auswirkungen durch den Krieg.

Abweichungen von 100 % in den Quersummen ist der Darstellung gerundeter Werte geschuldet.

Nicht nur hinsichtlich der Kosten, sondern auch beim Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen ordneten 38 % der bayerischen Betriebe die Herausforderung als „stark“ oder „sehr stark“ ein (vgl. Darstellung 5.5). Betroffen sind dabei stärker KMU und das Produzierende Gewerbe sowie der Bereich Handel und Reparatur. Relevante Unterschiede zwischen Betrieben in Bayern und jenen in Ost- bzw. Westdeutschland finden sich dagegen nicht.

Darstellung 5.5: Schwierigkeiten mit Lieferanten oder beim Bezug von Vorleistungen oder Rohstoffen (in Prozent)

	1 überhaupt nicht	2 gering	3 mittel	4 stark	5 sehr stark
Produzierendes Gewerbe	7	16	28	28	19
Handel und Reparatur	8	13	25	28	19
Dienstleistungen im engeren Sinne	32	18	17	23	9
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	34	10	14	36	5
1 bis 9 Beschäftigte	24	19	21	22	12
10 bis 49 Beschäftigte	15	11	25	32	15
50 bis 249 Beschäftigte	6	21	31	27	13
ab 250 Beschäftigte	10	21	31	27	9
Bayern	20	17	23	25	13
Westdeutschland	23	18	24	22	12
Ostdeutschland	25	18	25	20	11
Deutschland	24	18	24	21	12

Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern mit negativen Auswirkungen durch den Krieg.

Abweichungen von 100 % in den Quersummen ist der Darstellung gerundeter Werte geschuldet.

Ein weiterer Aspekt, der im Vergleich zur letztjährigen Befragung neu in die Frage aufgenommen wurde, betrifft die Auswirkungen der veränderten Preise auf die Personalkosten der bayerischen Betriebe. Als Reaktion auf steigende Lebenshaltungskosten sehen sich Unternehmen in der Regel mit Forderungen nach Lohnsteigerungen konfrontiert. Dies zeigte sich auch in den Antworten der Befragung im Rahmen des IAB Betriebspanels in Bayern: 43 % der bayerischen Betriebe gaben an, dass ihre Personalkosten „sehr stark“ (16 %) oder „stark“ (27 %) gestiegen sind. Am stärksten fielen die gestiegenen Personalkosten im öffentlichen Sektor aus, gefolgt vom Dienstleistungssektor. Im Produzierenden Gewerbe hingegen berichteten nur 11 % von sehr stark gestiegenen Personalkosten. Aber auch hier berichtete ähnlich wie in den anderen Bereichen mehr als jeder vierte Betrieb von zumindest stark gestiegenen Personalkosten.

Darstellung 5.6: Gestiegene Personalkosten (in Prozent)

	1 überhaupt nicht	2 gering	3 mittel	4 stark	5 sehr stark
Produzierendes Gewerbe	5	18	37	27	11
Handel und Reparatur	5	11	32	28	17
Dienstleistungen im engeren Sinne	12	13	27	28	19
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	4	29	15	26	25
1 bis 9 Beschäftigte	11	21	31	23	12
10 bis 49 Beschäftigte	6	7	25	35	26
50 bis 249 Beschäftigte	2	5	29	38	24
ab 250 Beschäftigte	3	13	31	37	15
Bayern	9	16	29	27	16
Westdeutschland	14	14	31	28	13
Ostdeutschland	13	13	30	30	13
Deutschland	14	14	31	28	13

Teilgesamtheit: Alle Betriebe in Bayern mit negativen Auswirkungen durch den Krieg.

Abweichungen von 100 % in den Quersummen ist der Darstellung gerundeter Werte geschuldet.

In der diesjährigen Befragung zum Schwerpunktthema „Auswirkungen des Ukraine-Krieges“ wurden weitere mögliche betriebliche Konsequenzen abgefragt, die aber im Vergleich zu den bereits skizzierten, eher eine geringe Rolle spielten und deshalb nachfolgend zusammengefasst dargestellt werden:

› **Verlust von Geschäftsbeziehungen:**

- 15 % starke oder sehr starke Betroffenheit, 31 % geringe und 35 % überhaupt keine Betroffenheit

› **Liquiditätsengpässe:**

- 13 % starke oder sehr starke Betroffenheit, 23 % geringe und 40 % überhaupt keine Betroffenheit

Regionale Unterschiede fanden sich in den zwei abgefragten Auswirkungen keine.

5.2 Geflüchtete Arbeitskräfte aus der Ukraine in bayerischen Betrieben

Um zu erfassen, inwieweit aus der Ukraine geflüchtete Personen schon in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten, wurde den Personalverantwortlichen wie bereits im Vorjahr folgende Frage gestellt: „Haben geflüchtete Personen, die im Zuge des Krieges in der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, um einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz in Ihrem Betrieb/Ihrer Dienststelle angefragt?“ Betriebe, die diese Frage bejahten, wurden darüber hinaus befragt, ob aktuell Geflüchtete beschäftigt werden oder zumindest zeitweise beschäftigt wurden und wenn ja, wie viele.

Der Darstellung 5.7 ist zu entnehmen, dass 10 % aller bayerischen Betriebe bzw. rund 37.000 Betriebe Anfragen von Geflüchteten um einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz erhalten haben. 40 % der Betriebe mit Anfragen beschäftigen aktuell geflüchtete Menschen aus der Ukraine oder haben diese in der Vergangenheit beschäftigt. In absoluten Zahlen sind dies für Bayern hochgerechnet ca. 31.000 beschäftigte Personen (2022: 19.000) und damit mehr als in Ostdeutschland insgesamt (ca. 28.000 Personen).

Darstellung 5.7: Betriebe mit Anfragen und Beschäftigung von aus der Ukraine geflüchteten Personen (in Prozent)

	Betriebe mit Anfragen (in Tsd.)	Betriebe mit Anfragen (in Prozent)	davon: Betriebe mit aktuell oder teilweiser Beschäftigung (in Prozent)	davon: Beschäftigte Personen (in Tsd.)	Betriebe ohne Anfragen (in Prozent)
Produzierendes Gewerbe	6	8	30	4	92
Handel und Reparatur	7	10	37	3	90
Dienstleistungen im engeren Sinne	24	12	43	24	88
Org. ohne Erwerb. / Öffentl. Verwaltung	-	-	-	-	-
1 bis 9 Beschäftigte	14	6	24	4	94
10 bis 49 Beschäftigte	17	15	48	13	85
50 bis 249 Beschäftigte	5	31	49	10	69
ab 250 Beschäftigte	1	35	67	4	65
Bayern	37	10	40	31	90
Westdeutschland	156	9	39	125	91
Ostdeutschland	39	9	36	28	91
Deutschland	194	9	39	153	91

Zum Befragungszeitpunkt hatten 30 % der Betriebe im Produzierenden Gewerbe mit einer Anfrage ca. 4.000 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer beschäftigt. Dies trifft auch auf 43 % der Betriebe

im Dienstleistungsbereich mit Anfrage zu. Hier konnten sogar ca. 24.000 Personen (zumindest zeitweise) beschäftigt werden. Zwar erhielten mittlere und große Betriebe relativ gesehen die meisten Anfragen, es waren jedoch neben mittleren Betrieben insbesondere Kleinbetriebe, die einen hohen Anteil der aus der Ukraine geflüchteten Personen beschäftigten (13.000 Personen bzw. über zwei Fünftel der beschäftigten Personen).